

Einwohnerratssitzung 2006/2007

Protokoll Nr. 4

Sitzungsdatum **Donnerstag, 14. Dezember 2006**
Sitzungszeit 13:30 Uhr - 18:15 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll Yvonne Rösli
Direktwahl 041 329 63 09

15. Dezember 2006 ry

Anwesend

Präsident	Senn Matthias
Einwohnerrat	26 Mitglieder Schwarz Heinz (ab 14:15 Uhr) Kiener Daniela (ab 14:55 Uhr)
Gemeinderat	5 Mitglieder
Gemeindeschreiber	Lang Robert
Protokoll	Renggli Alexandra Rösli Yvonne

Entschuldigt

Einwohnerrat	Bolzern Leo Konrad Simon Piazza Daniel
--------------	--

Traktanden

- | | | | |
|------|---|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 146 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 2</u> vom 02. November 2006 | | Seite 147 |
| 3. | <u>Bericht und Antrag:</u> überarbeiteter Voranschlag 2007 | Nr. 161/06 | Seite 147 |
| 3.1 | <u>Motion B. Bienz und Mitunterzeichnende:</u> Faire Zimmerpreise in den Krienser Heimen
Antrag Gemeinderat: Entgegennahme | Nr. 159/06 | Seite 155 |
| 4. | <u>Bericht und Antrag:</u> Parlamentsreform – Änderung gemäss Zwischenbericht | Nr. 160/06 | Seite 157 |
| 4.1. | <u>Wahl</u> von Mitgliedern in die neue Finanz- und Geschäftsprüfungskommission | | Seite 167 |
| 5. | <u>Motion Schwarz/Kiener und Mitunterzeichnende:</u> Qualitätsanspruch für unser Zentrum
<i>Antrag Gemeinderat: teilweise Entgegennahme als Postulat</i> | Nr. 117/06 | Seite 170 |
| 6. | <u>Bericht und Antrag:</u> Änderung des Reglementes über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund (2. Lesung) | Nr. 121/06 | Seite 177 |

Neueingänge

- Nr. 165/06 Motion Piazza namens der CVP/JCVP-Fraktion: Realisierung von e-government und bürgernaher Verwaltung in Kriens
Eingang: 24.11.2006
- Nr. 166/06 Bericht und Antrag: Pendenzenverzeichnis der Einwohnerratsgeschäfte
- Nr. 167/06 Bericht und Antrag: Abrechnung Wasserleitung Zubringer Horw-Zentrum & Stufenpumpwerk Dattenmatt (ersetzt Nr. 103/06)
- Nr. 168/06 Bericht und Antrag: Bauabrechnung energetische Sanierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung

1. Mitteilungen

Einwohnerratspräsident Matthias Senn begrüsst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, Roman Hodel und die Gäste auf der Tribüne zur letzten Sitzung dieses Jahres.

Leo Bolzern, Daniel Piazza und Simon Konrad haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

Bruno Peter konnte am 05. Dezember 2006 seinen 60. Geburtstag feiern. Dazu wird ihm nachträglich herzlich gratuliert.

Franz Baumann hat wieder den Agglo-Fahrplan für Fr. 4.00 zu verkaufen.

Weiter teilt der Vorsitzende mit, dass am 09. Dezember 2006 Isidor Bossard, geb. 1911, gestorben ist. Er war als SP-Vertreter vom 01. Juli 1963 - 30. Juni 1971 im Einwohnerrat Kriens. Matthias Senn bittet die Anwesenden für eine Gedenkminute kurz aufzustehen.

2. *Protokoll Nr. 2 vom 02. November 2006*

Matthias Senn stellt fest, dass von Patrick Koch folgender Änderungsantrag eingegangen ist: Seite 95, Votum von Patrick Koch: ...Mitsprache des Einwohnerrates bei der Umsetzung des Jugendleitbildes gesagt, dass die vier anwesenden USK-Mitglieder sich einstimmig für die Überweisung der vorliegenden Motion *als Postulat* ausgesprochen haben.

Ansonsten wird das Protokoll Nr. 2 vom 02. November 2006 genehmigt.

3. *Bericht und Antrag: überarbeiteter Voranschlag 2007 Nr. 161/06*

Matthias Senn begrüsst Franz Bucher, Finanzsekretär der Gemeinde Kriens. Da das Geschäft bereits einmal behandelt wurde, ist kein Eintreten mehr vorgesehen. Die Motion „Bienz“ wird bei der Detailberatung behandelt.

Stefan Meyer dankt namens der FGK, dass man innert so kurzer Zeit eine neue Fassung des Budgets vorlegen kann. Die neue Version ist keine „Rasenmäher-Methode“, sondern sie entstand aus wohl überlegten Massnahmen. Es ist klar, dass noch keine strukturellen Anpassungen gemacht werden konnten. Es sind eher Sofortmassnahmen. Eine Auslegeordnung darf im Frühling 2007 erwartet werden. Die Meinungen in der FGK waren sehr unterschiedlich. Mit Stichentscheid des Präsidenten wird die 2. Fassung des Voranschlags 2007 angenommen.

Gemäss Franz Baumann ist die Baukommission bei der Beratung des neuen Voranschlags leider in Regen stehen gelassen worden, weil kein Gemeinderatsmitglied an der Sitzung anwesend gewesen ist. Die BK ist über diese Haltung enttäuscht. Die Mitglieder waren „sauer“, denn gerne hätten sie beispielsweise erfahren, wie sich die einzelnen Budgetkürzungen in den „Bau-Rubriken“ konkret auswirken. Man weiss, dass im Budgetprozess bereits vor der definitiven Version, die dem Einwohnerrat vorgelegt wird, die einzelnen Rubriken „Federn lassen“ müssen und geht davon aus, dass im ersten Budget 2007 die Zahlen bereits auf das Notwendigste zurückgestutzt sind. Nun sind alleine beim baulichen Unterhalt (Dienstleistungen Dritter) – das sind die Positionen .../314.000 – 15-mal diese Zahlen gekürzt worden. Die BK hätte gerne erfahren, welche Konsequenzen dieses nochmalige Kürzen des Notwendigen gehabt hätte.

Weil sich so keine Detailberatung ergeben hat, sind die Mitglieder der BK wohl auf den neuen Voranschlag eingetreten, haben nicht Rückweisen beschlossen, aber auch keinen Entscheid fällen können, ob dem neuen Budget zugestimmt werden kann. Es wird aus dem gleichen Grund dafür in der heutigen Detailberatung mehr Fragen als üblich geben.

Für Susanne Lanz namens der SGK hat der Gemeinderat seinen Auftrag – mit einer grossen Portion Hoffnung – grundsätzlich erfüllt. Die Meinungen innerhalb der SGK variierten sehr stark von „wir haben erhalten, was wir verlangten, mit Knurren akzeptieren und mehr Kreativität wäre gefragt bis hin zu grossen Fragezeichen, wie der vorliegende Voranschlag ohne allzugrosse Verluste überhaupt umgesetzt werden kann“. Es stimmten drei Mitglieder dem Bericht und Antrag zu, zwei Mitglieder enthielten sich der Stimme.

Gemäss Patrick Koch hat die USK den vorliegenden Bericht und Antrag nur kurz behandelt. Der Gemeinderat hatte den Auftrag, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Dies wurde erreicht. Die Mitglieder der USK stimmten dem Voranschlag 2007 mit zwei Stimmen, bei zwei Enthaltungen zu.

Bruno Achermann stellt fest, dass der Auftrag, nachdem das 1. Budget zurückgewiesen wurde, klar war. Der Gemeinderat hat sich mit den zuständigen Personen der Verwaltung an die Arbeit gemacht. Wie bereits erwähnt wurde, hat man keine linearen Kürzungen vorgenommen, sondern punktuell und mit den neusten vorhandenen Zahlen und Erkenntnissen geschaut, wie man ein ausgeglichenes Budget erreichen kann. Auch die neuste Ertragsberechnung ist dabei eingeflossen. Darum hat es auch Verschiebungen gegeben. Das Ziel wurde erreicht. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass bei einigen Positionen „Unmut“ vorhanden sein wird. Es können jedoch alle Kürzungen verantwortet und als absolut vernünftig bezeichnet werden. Der Sprecher bittet, der 2. Fassung des Voranschlags 2007 unverändert zuzustimmen.

Werner Baumgartner namens der CVP/JCVP-Fraktion ist erfreut und etwas überrascht über das schnelle Reagieren des Gemeinderates und ist zufrieden mit dem Ergebnis des überarbeiteten Voranschlags. Es entspricht den minimalen Erwartungen eines ausgeglichenen Budgets in wirtschaftlich guten Zeiten. Die Sparanstrengungen sind gut und insgesamt verkraftbar. Es gilt allerdings zu bedenken, dass dieser Vorschlag ein Einmalvorschlag sein muss. Über lange Zeit darf nicht bei sinnvollen und notwendigen Investitionen gespart werden, sondern muss dafür gesorgt werden, dass Kriens die Finanzen strukturell in den Griff bekommt. Dafür sind die vorausschauenden Schritte in die Wege geleitet. Der politische Diskurs muss allerdings noch geführt und die akzeptablen Lösungen gefunden werden.

Die CVP/JCVP-Fraktion will langfristig gesunde Finanzen und sie hält sich daran fest, dass eine Steuersenkung nach wie vor ihr Ziel bleibt. Wie schon oft gesagt, aber nur unter der Bedingung, dass dies nicht auf Kosten der zukünftigen Generation gemacht wird und nach Abschätzung der Auswirkungen der kantonalen Steuerreform.

Für Rolf Bättig namens der FDP-Fraktion ist frei nach James Bond „Mission accomplished“ oder auf Deutsch: Ziel erreicht und politischer Auftrag erfüllt. Nicht mehr und nicht weniger. Der grosse Wurf fehlte, aber dieser war in der kurzen Zeitspanne seit der ersten Fassung auch nicht zu erwarten. Was dem Einwohnerrat im Budget präsentiert wird, sind die Sofortmassnahmen, die ohne grosse Einschränkungen umsetzbar sind. Wenn man die Spanne der Budgetkorrekturen ansieht, die von geplanten Mehreinnahmen von rund Fr. 300'000.00 bis zu dem Posten Minderausgaben für den Unterhalt von Fuss- und Radwegnetz von Fr. 400.00 reicht, so erkennt man die unterschiedliche Planungstiefe im Bereich Budget in den einzelnen Departementen und Abteilungen und somit auch in den einzelnen Positionen. Es darf auch bei allen Diskussionen nicht vergessen werden, dass trotz dem neuen Budget überhaupt nichts gespart wurde. Der Bruttoaufwand im Budget 2006 belief sich auf rund Fr. 150 Mio. und im Budget 2007 beträgt er rund Fr. 152 Mio.. Die Staatsquote hat also zugenommen. Nun gibt es Parteien, die dies befürworten und solche, die dies nicht tun. Die FDP ist nach

wie vor für eine Beschränkung der Staatsquote. Die Auslegeordnung und die politische Grundsatzdiskussion wird auf den Frühling vertagt. Dann wird erwartet, dass der Denkprozess der Exekutive in die Tiefe geht, und dass auch strukturelle Fragen angegangen werden, ohne dass es irgendwelche Tabuthemen gibt. So gilt es nun mal bei den grossen Posten zu schauen und sich Fragen zu stellen, wie:

- Stimmen die Heimstrukturen?
- Wo werden die kantonalen Vorgaben im Bildungswesen überboten?
- Wo gibt es Synergien in Verwaltungsabläufen, die ohne grössere Konsequenzen für die Krienser Bevölkerung genutzt werden können?

Bei der Budgetbetrachtung darf auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass sich die allgemeine Wirtschaftslage zurzeit sehr gut präsentiert. Also sollte es doch möglich sein, mit einem allfälligen Budgetgewinn einen Schuldenabbau zu betreiben. Weniger Schulden heisst weniger Schuldzinsen und dies wiederum heisst mehr effektive Mittel zum Ausgeben. Klingt doch irgendwie logisch? In den „fetten Jahren“ sollten auch Reserven gebildet werden können. Das hat man aber irgendwie verpasst, da, sobald finanzielle Mittel vorhanden sind, auch die jeweiligen Begehrlichkeiten wachsen. So denkt der Sprecher, dass das Budget das eine, die beständige Begehrlichkeiten aus unseren Reihen das andere ist. Er zieht somit folgende drei Fazite:

1. Das Parlament soll sich auch seiner finanziellen Verantwortung jederzeit bewusst sein und nicht durch stetige Forderungen die Staatsausgaben erhöhen.
2. Dem überarbeiteten Voranschlag 2007 stimmt die FDP-Fraktion in der vorliegenden Form einstimmig zu. Es hat aber keinen Platz für irgendwelche Korrekturen.
3. Die Auslegeordnung findet im Frühling 2007 statt.

Martin Heini namens der SP/Grüne-Fraktion hat ein paar grundsätzliche Gedanken. Der finanzbuchhalterische Grundsatz lautet: Soll gleich Haben. Nun spricht man aber vom Budget. Dieses zeigt auf, wie die strategische Ausrichtung des Unternehmens aussehen muss, wohin man gehen will und welche Massnahmen nötig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Der Sprecher macht einen Vergleich zur Privatwirtschaft. Die Leistungen im bereinigten Budget stützen sich auf der Einnahmenseite ab. Was Kriens aber einnimmt, ist eine Prognose. Der Ertrag ist ungenau, die Leistungen aber müssen genau definiert werden. Der Sprecher hat folgende Berechnungen erstellt:

<i>Jahr</i>	<i>Voranschlag in Fr.</i>	<i>Rechnung in Fr.</i>	<i>Differenz in Fr.</i>	<i>In %</i>
2005	145'750'600	149'614'861	3'864'261	2.7 %
2004	138'351'300	150'323'968	11'972'669	8.7 %
2003	137'813'700	147'181'511	9'367'811	6.8 %
2002	132'536'400	141'713'238	9'176'838	6.9 %
2001	129'587'000	132'451'061	2'864'061	2.2 %

Die 1. Fassung des Voranschlags 2007 wies ein Defizit von 0.7 % des prognostizierten Ertrags auf. Die 2. Fassung des Voranschlags 2007 ist unseriös, weil der Ertrag ungenau und unberechenbar ist. Es kann nicht sein, dass so gespart werden muss, dass weniger Lektionen für Deutsch als Zweitsprache (DAZ) und Maschinenschreiben, grössere Schulklassen, höhere Heimtaxen, die Folgen dafür sind.

Martin Heini sieht im Budget keine Nachhaltigkeit. Wenn Kriens seinen Handlungsspielraum aufgibt, nur damit „Sein gleich Haben“ ist, wird Kriens schon bald zu einer „08-15 Gemeinde“. Damit ist die SP/Grüne-Fraktion nicht einverstanden und lehnt darum die 2. Fassung des Voranschlags 2007 einstimmig ab.

Paul Winiker stellt fest, dass die SVP Kriens seit Jahren einen ausgeglichenen Voranschlag fordert, wobei dieser hauptsächlich mit Einsparungen zu erreichen ist. Der eiserne Grundsatz, der für jede Familie und jeden Gewerbler gilt: Defizite und damit Verschuldung nur in Notzei-

ten. Dieser Grundsatz muss endlich auch für die Gemeinde Kriens gelten. Zum ersten Mal sind die anderen Parteien der SVP gefolgt und haben das nun vorliegende, ausgeglichene Budget 2007 verlangt. Der Gemeinderat hat den erteilten Auftrag erfüllt. Der Prozess, Sparmöglichkeiten in allen Bereichen auszuloten, die Luft rauszulassen oder wie Peter Mattmann sagte: „die Fettpölsterchen rauszuschneiden“, ist heilsam und notwendig. Die Sparanstrengungen sind allerdings zu relativieren: Lediglich Fr. 0.7 Mio. wurden auf der Ausgabenseite korrigiert und davon sind einige Positionen Kostenverschiebungen oder Aufwandschätzungen nach unten und noch keine echten Verzichte. Um Fr. 0.3 Mio. wurden die Einnahmen höher budgetiert. Der Sprecher wiederholt die Forderung der SVP aufgrund der düsteren Prognosen der Finanzplanung: Im Hinblick auf den Auftrag, ausgeglichene Rechnungen zu präsentieren und den Steuerfuss dem Agglo-Durchschnitt anzunähern, drängt sich eine Auslegeordnung aller Gemeindeaufgaben auf. Die Leistungen und Kosten müssen kritisch überprüft werden und hieraus sind auch strukturelle Massnahmen ins Auge zu fassen. Gute Leistungen können auch mit knappen Mitteln erbracht werden. Jeder Gewerbler und jede Familie macht das täglich vor. Die Auslegeordnung mit der Überprüfung aller Kosten muss vom Gemeinderat frühzeitig angegangen werden – er ist in der Pflicht.

Die Sicherung der Selbständigkeit von Kriens muss auf folgenden drei Säulen stehen:

1. Solide und haushälterische Finanzpolitik
2. Ausnützung von Sparpotenzial z.B. durch Synergien aus der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, wo es Sinn macht
3. Ansiedlungs- bzw. Wachstumspolitik und Förderung von Gewerbe, Industrie und Neuzuzüglern

Die SVP-Fraktion stimmt dem überarbeiteten Voranschlag zu, weil der Auftrag in der Summe erfüllt worden ist. Es werden auch keine Änderungsanträge zu Einzelpositionen gestellt und keinen Änderungsanträgen zugestimmt. Der Gemeinderat hat seine Verantwortung wahrgenommen und nun soll nicht an Einzelpositionen „gerüttelt“ werden, auch wenn man nicht mit jeder Änderung im Budget glücklich sein kann.

Die SVP beantragt Zustimmung zum überarbeiteten Budget 2007 mit einen Überschuss von Fr. 5'200.00.

Die Freude von Peter Mattmann hält sich in Grenzen. Er wird dem bereinigten Budget zustimmen, aber nicht wegen der Begeisterung, sondern weil der Unterschied zur 1. Fassung minimal ist. Eine Budgetzurückweisung braucht schwerwiegende Begründungen. Diese lagen jedoch nicht vor. Für den Sprecher ist dies mehr eine „kosmetische“ Politisierung. Bei der Budgetbehandlung wird diskutiert, was die Politik für Kosten und Erträge „hervorruft“. Das Budget ändert jedoch nichts an der Finanzproblematik. Es muss mehr Gewicht auf die Art der Politik gelegt werden. Einsparungen hätten z.B. bei der Fehlplanung des Pilatusmarktes im Schlund gemacht werden können. Heute muss Kriens dafür „bezahlen“. Auch hätten mehrere hunderttausend Franken bei Annahme der Informatikvorlage gespart werden können. Der Einwohnerrat muss Grenzen setzen. Die Fehlplanungen können nicht immer durch Korrekturen behoben werden. Die Hauptaufgabe muss eine bessere Politik mit einer langfristige Entwicklung sein.

Detailberatung

Konto Nr. 020.00.319.01 – Beitrag an Verbände

Peter Mattmann will wissen, wie hoch der Beitrag an den Verein Luzern Plus ist und beantragt, diesen Betrag zu streichen. Er ist der Meinung, dass dieser Verein einzig und allein auf eine Fusion zwischen Luzern und den anderen Gemeinden aus ist. Der Verein hat im Sinn, mit unseren Steuergeldern die Fusion Luzern-Littau zu finanzieren. Kriens muss nicht aus dem Verein austreten, soll aber vorerst keinen Beitrag mehr leisten.

Gemäss Bruno Achermann beträgt der Beitrag Fr. 1.10 pro Einwohner/in, d.h. Fr. 28'000.00. Der Gemeinderat kennt die Haltung des Einwohnerrates. Kriens läuft nicht auf einer „Fusionsschiene“. Luzern Plus zahlt mit den Beiträgen nichts an die Fusion. Die Zusammenarbeit und nicht die Fusionierung steht im Vordergrund. Der Gemeinderat beantragt, den budgetierten Betrag nicht um Fr. 28'000.00 zu kürzen.

Peter Mattmann hat selber gehört, wie der Geschäftsführer von Luzern Plus gesagt hat, dass die Hauptaufgabe von Luzern Plus die Förderung der Fusion Luzern-Littau ist.

Helene Meyer-Jenni stellt fest, dass im Einwohnerrat schon einige Male über den Verein Luzern Plus diskutiert wurde und betont, dass der Verein an den „Zweckartikel“ gebunden ist. Dabei ist die Zusammenarbeit sehr wichtig.

Abstimmung über die Kürzung von Fr. 28'000.00

Grossmehrheitlich wird der Antrag abgelehnt.

Konto Nr. 090.00.314.00 – Baulicher Unterhalt (Dienstl. Dritter)

Bruno Bienz hat vor vier Jahren einen Liegenschaftsverwaltungskurs besucht. Dabei wurde vom Kursleiter immer wieder hervorgehoben, dass jedem Hauseigentümer geraten werden muss, seine Liegenschaft immer „im Schuss“ zu halten. Denn die andauernde Pflege eines Gebäudes bedingt viel weniger Kosten, als wenn man über Jahre die Liegenschaft verlottern lässt und dann grosse Renovationsarbeiten anfallen. Damit der Gemeinderat das von den Bürgerlichen geforderte Null-Budget erreicht, wird auf Sparmassnahmen zurückgegriffen, die die SP/Grüne-Fraktion so nicht akzeptieren kann. Sparen beim baulichen Unterhalt von gemeindeeigenen Gebäuden muss langfristig gesehen, teuer bezahlt werden mit notfallmässigen Erneuerungen und weiterführenden Sanierungen.

Die SP/Grüne-Fraktion hofft, dass sich der Einwohnerrat dieser Verantwortung bewusst ist und beantragt, alle Konti mit 090.xx.314.xx so zu belassen, wie diese in der 1. Fassung des Budgets vorgesehen waren.

Bruno Peter entschuldigt sich zuerst für das Fehlen eines Gemeinderatsmitgliedes an der BK-Sitzung. Es wäre seine Aufgabe gewesen, bei seiner Abwesenheit einen Stellvertreter zu beordern. Dies hat er jedoch schlicht und einfach vergessen.

Der Unterhalt von Gebäuden ist notwendig. Die Kürzungen wurden aber differenziert gemacht. Bei Neubauten sind die Kürzungen verantwortbar. Die dringend notwendigen Investitionen wurden mit den Budgetkorrekturen überprüft. Wichtig ist die Substanzerhaltung. Bei den Stühlen der Schulklassen ist es zumutbar, wenn diese noch nicht sofort ersetzt werden, bei Dach- oder Fassadensanierung, wo evtl. weitere Schäden entstehen können, jedoch nicht. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass die vorgenommenen Kürzungen verantwortbar sind und bittet, den Antrag von Bruno Bienz abzulehnen.

Abstimmung Antrag Bruno Bienz

Mit 14:10 Stimmen werden die im Budget vorgeschlagenen Kürzungen i.S. baulicher Unterhalt nicht gestrichen.

Konto Nr. 210.01.302.00 – Besoldung der Lehrpersonen

Judith Luthiger beantragt, den Betrag um Fr. 13'000.00 zu erhöhen. Anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung vom 23. November 2006 war man sich einig, dass die Integrationsmassnahmen für fremdsprachige Einwohner zu wenig greifen. Gerade das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Integrationsmassnahme und mit diesem Antrag kann ein richtiger Schritt in diese Richtung gemacht werden.

Bereits beim Sparpaket 1 wurden DAZ-Lektionen gestrichen. Am 31. Dezember 2003 waren es 196 Lektionen auf Schuljahresbeginn am 01. August 2004 noch 174 Lektionen. Es wurden damals 22 Lektionen gestrichen. Jetzt soll ein zweites Mal der Rotstift genau dort angesetzt werden. Die SP/Grüne-Fraktion wollen diese 8 Lektionen nicht streichen. Es ist eine Investition, die sich doppelt lohnt. Denn je besser die fremdsprachigen Kinder in der Schule Deutsch lernen, desto erfolgreicher sind sie in der Schule. Die Sprache ist nicht nur im Unterrichtsfach Deutsch wichtig, sondern auch in allen anderen Fächern wie Mathe, Mensch & Umwelt etc.. Wenn Fremdsprachige mangels ihrer Deutschkenntnisse die Kleinklassen besuchen, kostet das viel mehr Geld, ganz zu schweigen von den reduzierten Möglichkeiten, wenn es um das Erlernen eines Berufes geht. Und je schlechter die Ausbildung dieser jungen Menschen ist, desto grösser ist die Gefahr, dass sie später auf Unterstützung der Gemeinde angewiesen sind. Was das für finanzielle Kosten mit sich bringt, weiss jeder. Die Anzahl der Kinder, die das DAZ besuchen, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. 8 Lektionen streichen heisst, grössere Gruppen bilden und Kinder, die es noch nötig hätten, DAZ zu besuchen, können evtl. nur bedingt aufgenommen werden. Die Sprecherin selber hatte in ihrer Klasse SchülerInnen, die keinen Platz im DAZ hatten.

Will der Einwohnerrat die fremdsprachigen Kinder benachteiligen? Der Einwohnerrat war sich an der letzten Sitzung einig: Kriens hat ein Integrationsproblem, das dringend angegangen werden muss. Judith Luthiger bittet, die Worte in Taten umzusetzen und den Stundenabbau beim DAZ zu verhindern.

Gemäss Helene Meyer-Jenni ist der Gemeinderat mit vielem, das gesagt wurde, einverstanden. Aber mit den Massnahmen fährt er nicht auf der „gleichen Schiene“. Der Sparauftrag war eine Reduktion in der Bildung. Dabei wurden diverse Positionen geprüft. Die Qualität der Schule muss im Grundsatz erhalten und gesichert werden. Auch die strukturellen Veränderungen wurden angeschaut. Die Sprache ist ein wichtiges Element für den ganzen Bildungsprozess und somit die Chancengleichheit. Die SchülerInnenzahlen in Kriens sinken, die Zahl der DAZ-SchülerInnen steigt. Für den Gemeinderat ist es vertretbar, wenn 8 Lektionen gekürzt werden und es somit grössere Gruppen gibt. Es ist absolut möglich, dass alle Kinder, auch SchweizerInnen, die DAZ benötigen, auch die Lektionen besuchen können.

Martin Heiz stört sich am Namen „Deutsch als Zweitsprache“. Früher hiess dies „Deutsch für Fremdsprachige“. Er fragt sich, wer hier wen integrieren muss und nennt dabei ein Beispiel von Thailand. Was Kriens hier anbietet ist keine Pflicht, sondern eine Kür. Er wäre dafür, dass diese Dienstleistung den Eltern dieser betroffenen Kindern verrechnet würde und opponiert dem Antrag von Judith Luthiger.

Helene Meyer-Jenni stellt fest, dass der Wechsel des Namens in DAZ nun auch ermöglicht, dass Schweizer Kindern teilnehmen können. Betreffend Pflicht oder Kür besteht ein Volksschulbildungsgesetz, wo dies geregelt ist.

Gemäss Pia Zeder befindet man sich jetzt in einem Bereich, wo es „weh tut“. Man spricht nur von einzelnen kleinen Budgetposten. DAZ und somit die Integration ist aber zu wichtig, als dass dort Kürzungen vorgenommen werden können. Sie ist überzeugt, dass trotz den Fr. 15'000.00, welche hier gekürzt werden sollen, noch ein Null-Budget möglich ist.

Bruno Achermann betont, dass der Gemeinderat keine Qualitätsverschlechterung macht, die nicht verantwortet werden kann. DAZ wird ja nicht vollständig gestrichen, die Gruppen werden nur grösser. Der Gemeinderat ist überzeugt, ein ausgewogenes Budget erarbeitet zu haben.

Für Stefan Meyer sprechen drei Überlegungen gegen den Antrag von Judith Luthiger: 1. In der ersten Budgetfassung wurde dieser Posten sogar erhöht. 2. Die Vergrösserung der Gruppengrösse im DAZ sollte möglich sein. 3. Die Prioritäten müssen sonst anders gesetzt werden.

Werner Baumgartner hört nur immer die negativen Beispiele. Er hat diesbezüglich noch nie einen Vergleich mit anderen Gemeinden gesehen. Er stimmt Stefan Meyer zu, dass das Ganze gesamtheitlich betrachtet werden muss und lehnt den Antrag ab – unter der Voraussetzung, dass, wie Judith Luthiger erwähnt hat, keine Kinder vom DAZ-Unterricht zurückgewiesen werden dürfen.

Helene Meyer-Jenni erklärt, dass die Lehrpersonen entscheiden, welches Kind Anrecht auf den DAZ-Unterricht hat bzw. welche dazu verpflichtet werden. Weiter wurden die Besoldungen bei der 1. Budgetfassung aufgrund der Vorgaben des Kantons linear um 2.5 % erhöht. In der 2. Fassung konnte bereits die neue Besoldungsordnung berücksichtigt werden, wonach die totalen Kosten berechnet werden können. Bei den jüngeren Lehrpersonen wurde der Lohn eher angehoben als bei den älteren Lehrpersonen, welche meistens mehr verdienen.

Abstimmung Antrag Judith Luthiger

Mit 13:12 Stimmen wird die Erhöhung der Besoldung der Lehrpersonen für DAZ abgelehnt.

Matthias Senn stellt fest, dass nun die Behandlung der Motion von Bruno Bienz: Faire Zimmerpreise in den Krienser Heimen erfolgt (siehe Traktandum 3.1).

Konto Nr. 410.01.432.01 – Pensionsgelder

Martin Heini beantragt, die vom Gemeinderat beschlossene Erhöhung der Heimtaxen rückgängig zu machen. Am 24. November 2005 wurde die Motion Hadorn: Stopp der Aufwärtsspirale in den Heimtaxen (Nr. 042/2005) mit 16:10 Stimmen vom Einwohnerrat als erheblich erklärt und überwiesen. Das Demokratieverständnis der SP/Grüne-Fraktion versteht dies als Moratorium bei den Heimtaxen, solange diese Motion noch pendent ist.

Gemäss Peter Prinz beinhaltet die erwähnte Motion kein Moratorium. Zudem hat Kriens in den Jahren 2004 und 2005 die Heimtaxen nicht erhöht. Nun hat die Tagestaxe pro Person um Fr. 3.00 aufgeschlagen. Es gibt in der Region kein Heim, das die Heimtaxen nicht erhöht. Die Taxerhöhung ist somit gerechtfertigt.

Bruno Achermann stellt fest, dass vor 10 Jahren im Einwohnerrat die gleichen Diskussionen betreffend Heimtaxen stattgefunden haben. Es ist sinnvoll, wenn eine sehr moderate Anpassung vorgenommen wird. Viele Gemeinden haben eine höhere Anpassung. Kriens hätte die Heimtaxen auch Fr. 12.00 pro Tag erhöhen können und wäre noch nicht zu hoch. Bruno Achermann bittet den Einwohnerrat, den Antrag von Martin Heini nicht zu unterstützen. Die Anpassung ist real und tragbar.

Bruno Bienz erwähnt, dass Kriens mit den Heimtaxen nicht „abfällt“. Nur die Kosten für die BESA-Stufen 1-2 sind tief, sonst ist man im Vergleich mit anderen Gemeinden eher höher. Bei den Doppelzimmern ist man sogar an erster Stelle. Diese Daten hat er von LAK (Luzerner Altersheimleiter-Konferenz) erhalten.

Abstimmung Antrag Martin Heini

Mit 14:10 Stimmen wird der Antrag abgelehnt und somit wird die Erhöhung der Heimtaxen nicht rückgängig gemacht.

Konto Nr. 780.00.366.00 – Energieförderungsbeiträge

Für Bruno Bienz ist ein Energieförderungsprogramm wirtschaftlich. Das Anreizsystem wirkt als Multiplikator. Die eingesetzten Mittel lösen ein Vielfaches an Investitionen aus. Dieser Modernisierungs- und Investitionsschub bringt Arbeit und Verdienst für die Gewerbebetriebe. Das Förderprogramm schafft Arbeitsplätze. Wo gearbeitet werden kann, fallen aber auch Löhne und Gewinne an, von welchen wiederum die Gemeinde mit Steuereinnahmen profitiert. Das investierte Geld fliesst zurück. Dank der mit der Förderung verbundenen Qualitätssicherung werden modernste Anlagen installiert, welche punkto Wirkungsgrad und Verbrennungstechnik eine hohe Energieeffizienz garantieren. Dadurch wird die Luft von Schadstoffen und CO2 entlastet.

Ein mehrfacher Gewinn also für die Privaten – durch geringere Energiekosten, für die KMU's – durch vermehrte Arbeitsaufträge, für die Umwelt – durch weniger Ressourcenverschleuderung und CO2-Ausstoss und für die Gemeinde – durch Steuern aus einer aktiven Wirtschaft. Der Energiefonds der Stadt Luzern ist ein gutes Beispiel. Die Gelder werden abgeholt. Das heisst, es wird investiert. Dank dem guten Ergebnis der Stadt werden sicher noch mehr Gelder in diesen Fonds investiert.

Bruno Bienz bittet den Einwohnerrat, dem Antrag von Fr. 40'000.00 für die Wiederaufnahme des Energieförderprogramms zuzustimmen. Es ist nicht nur ein Zeichen für die Umwelt, sondern man macht damit eine aktive Wirtschaftsförderung für das Krienser Gewerbe.

Cyrell Wiget stimmt zu, dass dieses Instrument vor einigen Jahren in Kriens vorhanden war und entsprechende Gelder abgegeben wurden. Es ist ihm aber nicht bekannt, dass auch andere Gemeinden einen solchen Fonds geäufnet haben. Der Gemeinderat kann dem Antrag nicht stattgeben, weil die dazu notwendigen finanziellen Mittel fehlen.

Abstimmung Antrag Bruno Bienz

Mit 14:11 Stimmen wird der Antrag abgelehnt und somit werden keine Energieförderungsbeiträge gesprochen.

Matthias Senn stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird und auch zu den Unterlagen „Überarbeitung Budget 2007: korrigierte Konti“ keine Wortmeldungen gewünscht werden.

Somit liest der Vorsitzende folgenden ***Beschlussestext***:

1. Die ***laufende Rechnung für das Jahr 2007***

mit einem Gesamtaufwand von	Fr.	152'569'900
und einem Gesamtertrag von	Fr.	<u>152'575'100</u>
somit einem Mehrertrag von	Fr.	5'200

und die **Investitionsrechnung für das Jahr 2007** mit

Investitions-Ausgaben von	Fr.	8'400'000
und Investitions-Einnahmen von	Fr.	<u>2'450'000</u>
d.h. mit Netto-Investitionen von	Fr.	5'950'000

werden genehmigt, ausgenommen diejenigen Investitionen in der Investitionsrechnung, für die dem Einwohnerrat ein separater Bericht und Antrag zu unterbreiten ist.

2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, das erforderliche Fremdkapital zu beschaffen.
3. Die Einwohnergemeindesteuer für das Jahr 2007 wird auf 2.0 Einheiten festgelegt (unverändert).
4. Die Feuerwehersatzsteuer für das Jahr 2007 wird auf 2 ‰ festgelegt (unverändert).
5. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Es wird kein Rückkommen zum Beschlussestext verlangt.

Abstimmung

Mit 16:10 Stimmen wird die 2. Fassung des Voranschlags 2007 genehmigt.

Matthias Senn dankt und verabschiedet Franz Bucher.

3.1 Motion B. Bienz und Mitunterzeichnende: Faire Zimmerpreise in den Krienser Heimen **Nr. 159/06**

Gemäss Bruno Bienz ist es kein Problem zu erfahren, wie hoch die Heimkosten in Kriens sind. Auf der Homepage der Gemeinde findet man alles Wissenswerte. Das grosse Problem beginnt aber, wenn man das Dokument „Taxordnung“ öffnet und sich einen Überblick über die Kosten machen will. Bei der Hoteltaxe und den BESA-Stufen versteht der Interessierte die Angaben, fragt sich aber, wo die Pensionspreise für die Doppelzimmer sind. Auf Seite 2 wird man fündig. Diverse Zuschläge und Reduktionen verwirren den Leser und werfen Fragen auf. Wieso muss ich einen Zuschlag Hotel + Doppelzimmer bezahlen? Normalerweise ist doch ein Einzelzimmer teurer? Bruno Bienz hat als Vergleich über 10 Taxordnungen in der Innerschweiz überprüft. Keine Taxordnung nimmt als Basis das Einzelzimmer. In den meisten Fällen sind beide Pensionspreise auf einen Blick ersichtlich oder die Basis ist das Doppelzimmer mit einem Zuschlag für das Einzelzimmer. Die einfache Rechnung zeigt: Ein Bewohner in einem Doppelzimmer zahlt pro Tag Fr. 20.00 mehr für das Zimmer, d.h. Fr. 7'300.00 im Jahr. Fr. 7'300.00 mehr Kosten pro Jahr für einen Heimbewohner für weniger Leistung ist „dicke Post“. Das Argument mit den höheren Reinigungskosten für ein Doppelzimmer ist schon ein Bisschen an den Haaren herbeigezogen. Bei Fr. 40.00/Tag und Zimmer ergibt bei guter Bezahlung einer Raumpflegerin ca. 1 ½ Stunden Mehrarbeit. Der Motionär fordert mit seinem Vorstoss die Anpassung der aktuellen Taxordnung. Diese soll und darf aber nicht in Form von

Taxerhöhungen sein. Im weiteren wird der Gemeinderat aufgefordert, die Taxordnung kundenfreundlicher zu überarbeiten. Auch die in der BESA-Stufen 3-4 belassenen „Hotel+“ sollten in den Tagespreis integriert werden. Diese Art von Zusatzgebühren gibt es in keinem der umliegenden Heimen. In der Taxordnung soll einfach kommuniziert sein, wie viel ein Heimplatz kostet. Der Sprecher fragt sich auch, wieso das Beschriften der persönlichen Wäsche (obligatorisch) bei 144 Stk. Fr. 150.00, bei einem Temporär-Aufenthalt (Ferienbett) bei 72 Stk. jedoch nur Fr. 40.00 kostet? Sehr stossend ist auch, dass bei Todesfall eines Bewohners den Angehörigen noch 14 Tage eine zwar reduzierte, aber immer noch happige Hoteltaxe in Rechnung gestellt wird (mind. Fr. 1'402.00). Keines der überprüften Pflegeheime hat eine so hohe Belastung. In der Regel werden 3 – 5 Tage oder eine Pauschale von Fr. 400.00 verrechnet. Es freut Bruno Bienz, dass der Gemeinderat seine Motion entgegennehmen will. Es scheint, dass er sich des Problems bewusst ist. Für eine kundenfreundliche Taxordnung muss aber noch einiges mehr als diese vorliegende Motion erfüllt werden. Daher hofft er, dass der Einwohnerrat sich auch zu einer klaren Überweisung der Motion entschliessen kann, im Zeichen einer kundenfreundlichen Gemeinde.

Peter Prinz pflichtet dem Votum von Bruno Bienz bei. Einige BewohnerInnen der Pflegestufen 1 und 2 bezahlen im Zweierzimmer gegenwärtig etwas mehr als im Einzelzimmer. Die Verantwortlichen haben diese Unschönheit in der Taxordnung 2007 behoben. Bis zur Eröffnung des Pflegeheims Zunacher 2 gab es eine Taxordnung für das Alters- und eine für das Pflegeheim. Die Taxen für die Altersheime waren niedriger. Diese beiden Taxordnungen wurden anlässlich der Reorganisation und der neuen Namensgebung „Heime Kriens“ zusammengeführt. Um die unterschiedlich hohen Grundtaxen auszugleichen, entstand die Bezeichnung „Hotel+“ ab BESA-Stufe 3, und für die Stufen 1 und 2, wenn die Bewohner es wünschten. „Hotel+“ bedeutet Mehrleistung in der Reinigung und zum Teil auch in der Betreuung (Essen). Zimmerreinigung und Nasszellenreinigung (Hygiene) jeden Tag, auch Samstag/Sonntag. Aus logistischen Gründen kam „Hotel+“ für die BewohnerInnen der Doppelzimmer aufgrund der unterschiedlichen Pflegebedürftigkeiten im gleichen Zimmer immer zum Tragen und die Fr. 25.00 wurden verrechnet. Weil der Taxunterschied zwischen dem Einzel- und dem Zweibettzimmer mit Fr. 17.00 nicht sehr gross ist, kam es zur teureren Taxe im Zweibettzimmer für die Pflegestufen 1 und 2. Die Kosten bei einem Todesfall wurden mit anderen Heimen verglichen. Dabei sind Unterschiede vorhanden. Der Gemeinderat nimmt die Motion entgegen. In der neuen Taxordnung sind alle Einzelzimmer wieder teurer. Die Motion kann gleichzeitig abgeschrieben werden.

Gemäss Susanne Lanz namens der SGK ist es bezeichnend, wie viel Erklärungsbedarf zur Berechnungsgrundlage und zum Taxpunktsystem nötig ist. Deshalb ist eine Anpassung bezüglich Lesbarkeit und Nachvollziehung wichtig. Die SGK wird die Motion einstimmig überweisen.

Gemäss Johanna Dalla Bona sind sich in der FDP alle einig, dass es nicht fair ist, für ein Doppelzimmer mehr als für ein Einzelzimmer zu bezahlen. Der Motionär hat mit seiner Forderung nach einer kundenfreundlichen Taxpolitik Recht. Die Ausführungen von Peter Prinz haben gezeigt, wie es dazu gekommen ist. Eine Lösung wurde gefunden, wobei es natürlich beim Umverteilen von Geldern immer auf Kosten von jemandem geht. In diesem Fall auf die Kosten der wenig pflegebedürftigen Bewohner. Der Auftrag wurde erfüllt. Die FDP ist für Annahme und Abschreibung der Motion.

Die Grundsatzdiskussion über die Taxordnung allgemein und die erhöhten Taxkosten ist nicht Thema der vorliegenden Motion.

Ursula Müller namens der CVP/JCVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass es eine Preisdifferenz vom Einer- zum Zweierzimmer geben soll. Wie Peter Prinz ausführte, hat der Gemeinderat dieses Anliegen bereits aufgenommen und die neue Taxordnung nach dieser Forderung der Motion gestaltet. Der geforderte finanzielle Unterschied ist mit den künftigen Taxen gegeben. Die Krienser Heimtarife bewegen sich im Vergleich zur Agglomeration im Mittel, wo sie wenn möglich auch künftig sein sollen, damit die Krienser Heime konkurrenzfähig bleiben. Zu denken gibt sicher, was heute nach dem neusten Stand der Pflege ein Tag im Heim in der höchsten BESA-Stufe an Kosten generiert. Es sollte ein grosses Anliegen sein, dass die Heimtaxen für einen Grossteil der betagten, pflegebedürftigen BewohnerInnen bezahlbar bleiben, ansonsten könnten Heimtaxen sich als „Bumerang“ für die Gemeinde erweisen.

Für Bruno Bienz ist es klar, dass sein erstes Votum nicht mit dem Inhalt der Motion übereinstimmt. Er wollte aber deswegen nicht mehrere Motionen einreichen. Ihm ist es wichtig, dass die Taxordnung auch kundenfreundlicher wird.

Johanna Dalla Bona ist froh für diesen Hinweis. Die SGK wird die Kundenfreundlichkeit der Taxordnung sicher weiterverfolgen.

Abstimmung

Die Motion wird einstimmig überwiesen.

4. Bericht und Antrag: Parlamentsreform – Änderung gemäss Zwischenbericht Nr. 160/06

Matthias Senn teilt mit, dass der Bericht und Antrag vom Ratsbüro erarbeitet und verabschiedet wurde. Es wird beantragt, das Reglement in nur einer Lesung zu behandeln. Der Präsident der Arbeitsgruppe Parlamentsreform, Franz Baumann, hat im Auftrag des Ratsbüros die Vernehmlassung ausgewertet und die neuen Papiere erarbeitet. Obwohl er nicht mehr Mitglied des Ratsbüros ist, haben die Ratsbüromitglieder Franz Baumann den Auftrag erteilt, das „Statement“ des Ratsbüros zum Eintreten zu halten.

Gemäss Franz Baumann basieren die vorliegenden Änderungsvorschläge auf einer breiten Umfrage, die der Einwohnerrat kürzlich als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen hat. Die Änderungen betreffen primär die damals in guter Absicht beschlossene neue Gliederung und Funktionsweise der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. In den letzten drei Jahren ist festgestellt worden, dass das „neue Leben“ der FGK nicht als „das Gelbe vom Ei“ betrachtet werden kann, und deshalb liegt heute eine Änderung auf den Tischen. Diese schreiben der FGK grösstenteils wieder die Aufgaben und Kompetenzen zu, wie sie vor der Reform die GPK hatte.

Kernpunkte der Änderungen sind:

- Die Doppelfunktionen einzelner Fachkommissionsmitglieder in der FGK entfallen.
- Die finanztechnische Rechnungsprüfung von Jahresrechnung und Sonderkrediten – etwas despektierlich „die mit dem Rotstift“ gemeint – geht wieder komplett zur FGK zurück. Die fachliche Analyse und Prüfung von solchen Rechnungen soll aber weiterhin in den Fachkommissionen stattfinden.
 - In den Fachkommissionen sind gerade zu der letzten Frage viele Fragezeichen gesetzt worden. Der Vorschlag des Ratsbüros geht von der Annahme aus, dass eine Abrechnungsprüfung – z.B. eines Sonderkredits – nicht nur eine Belegkontrolle ist, sondern eine effektive Umsetzungskontrolle des seinerzeit Beschlossenen – damals bei der Zustimmung zum Sonderkredit. Damals haben ja auch die zuständige Fachkommission und die FGK zum „Eintreten“ ihre Stellungnahme abgegeben. Beispielsweise die VBK zur EDV-Vernetzung der Klassen, die BK zu Abwasserleitungs-Sanierung oder die SGK zu den Dementenwohnheimen im Kleinfeld. Der Vorschlag ist also eine Art „Meccano“, gemäss dem die gleichen Kommissionen, die einen Kredit befürwortet haben, den Umsetzungsabschluss – vorliegend in Form einer Abrechnung – beurteilen und gutheissen.
 - Falls der Einwohnerrat die FGK allein zu diesem Controlling verpflichtet, stünde diese allein in der Verantwortung. In diesem Falle könnten die beiden lit. f und g des Art. 5 ganz gestrichen werden.
- Die Sitzzahl der neuen FGK soll 7 betragen. Dies entspricht dem Ergebnis der Vernehmlassung. Die Ratsmitglieder sind im Besitze dieses Papiers. Darin ist nachzulesen, dass alle Fraktionen mit der Zahl 7 einverstanden sind: Die CVP/JCVP-Fraktion mit der Einschränkung „bis zum Ende dieser Legislatur“, die SVP-Fraktion mit der Ergänzung „evtl. 9“. – Im Ratsbüro ist zwar festgestellt worden, dass 9 Mitglieder die Fraktionsstärken optimal widerspiegeln. Man hat sich jedoch für 7 Mitglieder ausgesprochen, weil man der Meinung ist, dass diese Anzahl für das Funktionieren dieser Kommission genügt. Eine grössere Kommission hätte auch höhere Kosten (Sitzungsgelder) zur Folge.

Die Abteilungsbesuche sind ein Mittel, um einen Teil der Oberaufsicht wahrnehmen zu können. Die Fachkommissionen sind dabei frei, haben jedoch eine Art „Terminliste“ und unverbindliche Tipps für diese Aufgabe erhalten.

Was die Entschädigung der Einwohnerrats- und Kommissionsmitglieder betrifft, wird das Ratsbüro einen neuen Vorschlag erarbeiten und bei Gelegenheit dem Einwohnerrat zum Beschluss unterbreiten.

Die Aus- und Weiterbildung der einzelnen Ratsmitglieder soll künftig funktionsgerecht erfolgen. Das Ratsbüro hat dazu wohl den reglementierten Auftrag. Neue Ratsmitglieder sollen – wie bisher – gesamthaft auf ihre neue Aufgabe vorbereitet werden. Da aber beispielsweise eine Bürgerrechtskommission ein anderes Wissen benötigt als die Mitglieder einer Baukommission, sieht das Ratsbüro vor, dass die fachspezifische Aus- und Weiterbildung an die einzelnen Fachkommissionen delegiert sein soll.

Im Namen des Ratsbüros bittet Franz Baumann deshalb um Zustimmung zu den vorliegenden Änderungen; der Antrag der Baukommission steht dabei nicht im Widerspruch, sondern er dient der Präzisierung.

Stefan Meyer namens der FGK dankt für die Erarbeitung des vorliegenden Berichts und Antrags. In der Kommission wurde über die Terminologie von gewissen Artikeln diskutiert. Welche Kommission ist für welche Bereiche zuständig und was versteht man unter dem Begriff „Rechnungsprüfung“? Der Vorschlag der BK zur Präzisierung von Art. 5 deckt sich mit dem Vorschlag der FGK. Hingegen schlägt die FGK vor, dass Abs. 3 von Art. 5 (³ *Die Beratung der Abrechnung von Sonderkrediten sowie die entsprechende Antragstellung zuhanden des Einwohnerrates*

erfolgt durch die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.) unter Art. 7 neu lit. d aufgeführt wird.

Gemäss Franz Baumann namens der BK entsprechen die vorliegenden Vorschläge – laut Umfrage zum Zwischenbericht und gemäss der Vernehmlassung zu den bevorstehenden Änderungen – dem realen Wunsch des Parlaments und dürfen deshalb nicht als „Gegenreformation“ verurteilt werden. Die guten Seiten der seinerzeitigen Parlamentsreform, beispielsweise die Kommissionsbildung je Departement, werden beibehalten.

Im Zusammenhang mit den Rechnungsprüfungen kommt ein Antrag aus der Baukommission zur Klärung der Interpretation. Dieser wurde vorgängig an alle Einwohnerratsmitglieder verteilt. Konkret geht es um das „Ausdeutschen“ des Unterschieds zwischen einer „rotstiftmässigen“ Rechnungsrevision und einer fachlichen Prüfung, beispielsweise ob einer Sonderkredit auch so verwendet wurde, wie er beschlossen wurde.

Die BK hat auch über die Grösse der neuen FGK diskutiert. Ein Antrag für eine 9-er-Kommission ist mit 4:2 Stimmen abgelehnt worden. Die BK stimmt dem Bericht und Antrag mit 5:1 Stimmen zu.

Susanne Lanz stellt fest, dass die vorliegenden Änderungen sich grösstenteils mit den Forderungen der SGK decken. Die SGK stimmt dem Bericht und Antrag ohne grosse Diskussion zu.

Gemäss Patrick Koch ist über den vorliegenden Bericht und Antrag zur Parlamentsreform in der USK kurz, dafür aber umso engagierter diskutiert worden. Bezüglich der richtigen Grösse der neuen FGK entstand ein lebhafter Meinungs austausch. Die einen Kommissionsmitglieder sind der Meinung, dass die von der Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Änderungsvorschläge konsensfähig und aufgrund der Vernehmlassung aller Fachkommissionen, Fraktionen etc. mehrheitsfähig sind. Für den Sprecher, welcher diese Diskussion angeregt hat, ist die FGK die wichtigste Kommission des Einwohnerrates. Für ihn ist die demokratische Ausgewogenheit bei einer Kommissionsgrösse von sieben Mitgliedern nicht garantiert. Er favorisiert eine Fünferkommission. Abschliessend kann festgehalten werden, dass die USK die Sitzverteilung mit fünf Mitgliedern einstimmig eine prüfenswerte Idee findet. Ein Antrag der Kommission wird jedoch nicht gestellt. In der Schlussabstimmung votierten drei USK-Mitglieder für den vorliegenden Bericht und Antrag. Ein Mitglied enthielt sich der Stimme.

Matthias Senn stellt fest, dass die VBK und der Gemeinderat keine Stellungnahme abzugeben haben.

Hansruedi Kunz namens der CVP/JCVP-Fraktion nimmt mit der vorliegenden Reglementsänderung Abschied von der nicht gerade erfolgreichen Versuchsphase der departementübergreifenden FGK. Für diesen Schritt zurück brauchte es nicht viel Überzeugungskraft. Zu offensichtlich waren die Mängel des Konstrukts – man muss ihm keine Träne nachweinen. Immerhin besteht jetzt die Erwartung, dass etwas Besseres kommt, nämlich die neue FGK und die Hoffnung, dass sie ihre Aufgaben zufrieden stellend wahrnehmen kann.

Im Vorfeld gab es einige Diskussionen betreffend der Grösse dieser FGK. Ein wichtiges Kriterium dafür ist der Arbeitsaufwand, den eine Kommission zu bewältigen hat. Dazu soll eine Kommission eine Mindestgrösse nicht unterschreiten. Hingegen ist die parteipolitische Zu-

sammensetzung ein ziemlich untergeordnetes Kriterium, weil die Zusammensetzung der Fraktionen von Legislatur zu Legislatur ändert.

Im Fall der FGK ist davon auszugehen, dass die Rechnungsprüfung zu einem guten Teil durch eine externe Firma erfolgt. Der Aufwand der Kommission wird sich demzufolge in einem vertretbaren Rahmen bewegen. Auch die CVP/JCVP-Fraktion ist deshalb davon überzeugt, dass die FGK mit 7 Mitgliedern die richtige Grösse hat.

Mit der neuen FGK wird ein Schwachpunkt aus der parlamentarischen Reform beseitigt. Es ist denkbar, dass mit der noch auszuarbeitenden Geschäftsordnung des Einwohnerrates noch die eine oder andere Retusche vorgenommen wird.

Was sich bewährt hat - das Prinzip „eine Kommission pro Departement“ - kann mit ruhigem Gewissen beibehalten werden.

Räto Camenisch namens der SVP-Fraktion kann grundsätzlich mit den vorgeschlagenen Änderungen leben. Die Einführungszeit zeigte gewisse Mängel, vor allem im Bereich der FGK. Mühe hat die SVP damit, dass die FGK neu aus sieben Mitglieder bestehen soll. Der Sprecher kann diese Anzahl nicht nachvollziehen, dies, weil er von Finanzkommissionen dank seiner Mitgliedschaft im Grossen Rat viel versteht.

Die Arbeit der FGK ist sehr wichtig, in materieller und politischer Hinsicht. Es gibt keinen anderen Bereich, dem Milizparlamentarier so machtlos gegenüberstehen. Sie ist ein kritischer Punkt, da sich dort die Profis der Verwaltung und die Milizmitglieder gegenüberstehen. Deshalb braucht es insbesondere in dieser Kommission versierte Leute und solche, die gewillt sind, sich einzusetzen. Es ist unabdingbar, dass die politische Zusammensetzung der Kommission auch diejenige des Rates widerspiegelt. Die Kommissionsmeinung muss für den Rat eine Leitlinie sein - das ist die Aufgabe der FGK.

Eine Kommission mit 7 Mitgliedern ist politisch nicht ausgewogen. Bei einer FGK mit 5 Mitgliedern wäre dies zwar einigermaßen möglich, 5 sind aber zuwenig Personen für diese umfangreiche Aufgabe. Der Sprecher kann sich gut vorstellen, dass für die Baukommission 5 Mitglieder ausreichen, aber nicht für die FGK.

Im Geschäftsreglement des Einwohnerrates steht, dass die Fraktionen ein Anrecht auf die proportionale Vertretung in den Kommissionen haben. Deshalb beantragt die SVP, dass für die FGK eine Kommission mit 9 Mitgliedern gebildet wird. Falls dies aufgrund von "Doppelmandaten" keine Zustimmung findet, könnte allenfalls die BK auf 5 Mitglieder reduziert werden.

Sollte sich der Einwohnerrat heute entscheiden, die neue FGK mit 7 Mitgliedern zu bilden, wird die SVP auf ihren Einsitz in diese Kommission verzichten. Dieser Entscheid soll zeigen, wie wichtig der SVP die richtige Zusammensetzung der FGK ist.

René Hug hält einleitend fest, dass die FDP-Fraktion einstimmig für die Überweisung des vorliegenden Bericht und Antrags ist. Sie stellt aber den Antrag, dass in die FGK und in die BK neu nur 5 Mitglieder Einsitz nehmen.

In der Vernehmlassung wurde eine 7-er-Kommission von allen Parteien gutgeheissen. Nun will die SVP bei einer 7-er-Kommission auf ihren Sitz verzichten. Drohungen sollten in einer Demokratie keinen Platz haben. Es gibt Mehrheitsentscheide und diese sind zu respektieren.

Trotzdem hat die FDP die Kommissionsgrösse nochmals eingehend analysiert. Sie kam zum Schluss, dass die Vergrösserung auf ineffiziente 9 Sitze nur wegen der Sitzverteilung nicht in Frage kommt. Hingegen hat sich eine Kommissionsgrösse von 5 Mitgliedern in den verschiedenen Kommissionen wie SGK, VBK und USK bewährt. In einer 5-er-Kommission hat jede Fraktion einen Sitz, die Sitzverteilung ist damit gerecht.

Da die FGK keine eigentlichen Revisionen mehr durchführen muss, kann auch die Arbeitsbelastung verantwortet werden. Wenn sich eine 5-er-Kommission für die FGK durchsetzt, müsste auch die Baukommission auf 5 Mitglieder reduziert werden. Dann hätte man 5 Kommissionen mit 5 Mitgliedern plus die BRK mit 5 Mitgliedern, somit total 30 Mitglieder.

Susanne Lanz namens der SP/Grüne-Fraktion weist darauf hin, dass die Vernehmlassung unisono angenommen wurde. Es hat sich gezeigt, dass 7 Kommissionsmitglieder eine ideale, funktionsfähige und effektive Gruppengrösse ist. Dieser Meinung ist nebst den Grünen und der SP ja auch die FK, die am meisten Einblick in die anstehenden Aufgaben hat.

Es wäre schön, wenn die SVP berücksichtigen würde, dass sie mit 2 Mitgliedern in der BK klar überdotiert ist. Zumindest bis heute hat die Sprecherin deswegen noch nie irgendwelche Klagen gehört. Aber wie ist es wohl dort mit der politischen Glaubwürdigkeit? Ist Erpressung ein politischer Stil, den man zukünftig in Kriens unterstützen will?

Die SVP hat vorher erklärt, dass sie sich für die FGK eine gute und fachgerechte Arbeit und engagierte Mitglieder, die Fachkenntnisse mitbringen, wünscht. Dies sollte aber nicht nur in der FGK, sondern in jeder Kommission der Fall sein.

Wird der Vorschlag der FDP für eine 5-er-Kommission gutgeheissen, werden die Grünen "rausgekipp". Aber auch diese haben ein Recht, Einsitz zu nehmen. Es geht doch letztendlich darum, gut, fachgerecht und nach bestem Wissen zu arbeiten und kein politisches "Hickhack" zu starten.

Peter Mattmann opponiert den vorgeschlagenen Änderungen nicht. Er möchte aber als "Ausstehender" ein paar Bemerkungen anbringen.

Der Sprecher ist davon überzeugt, dass dieses Geschäft ohnehin bald wieder überarbeitet werden muss. Es ist zuwenig mit der Revision der Gemeindeordnung koordiniert. Als Mitglied der Kerngruppe weiss der Sprecher, dass die Aufgabe der FGK die Prüfung des Geschäftsberichts der Exekutive ist. Das Gemeindegesezt schreibt zwar einen solchen Bericht vor, aber die Gemeinde Kriens erstellt diesen nicht. Darauf wird man zurückkommen müssen. Der Gemeinderat wird inskünftig diese Aufgabe wahrnehmen müssen.

Die Geschäftstätigkeit wird heute von den Fachkommissionen vorgenommen. Zwar sind heute 27 Personen in den Kommission vertreten, aber bei den eigentlichen Auseinandersetzungen zwischen Einwohner- und Gemeinderat bringen diese Kommissionen wenig. Dies zeigte sich beispielsweise bei der ersten Budgetdebatte. Es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates fest-

zustellen, wo die Einsparungen erfolgen sollen. Solche Debatten müssten in den Fachkommissionen stattfinden.

Der Sprecher könnte sich vorstellen, dass eine starke und grössere Finanzkommission und eine starke und grössere Geschäftsprüfungskommission gebildet werden. Die Fachkommissionen wären dann nur noch für Sonderkredite zuständig. Dadurch könnten Doppelspurigkeiten vermieden werden. Und wenn grössere Geschäfte wie die Zentrumsplanung anstehen, kann eine spezielle Kommission gebildet werden analog der Praxis des Kantons.

Langfristig gesehen ist der heutige Bericht und Antrag sicher nicht der Weisheit letzter Schluss. Es werden weitere Diskussionen erfolgen müssen.

Helene Meyer-Jenni will sich mit ihrem Votum eher zurückhalten, da das vorliegende Traktandum kein Geschäft des Gemeinderates ist.

Auch beim Kanton bestehen inzwischen ständige Kommissionen, die den Hauptaufgaben der Departemente zugewiesen sind. Damit macht man gute Erfahrungen.

Die fehlende Koordination mit der Gemeindeordnung wurde richtig festgestellt. Man darf aber nicht vergessen, dass der vorliegende Bericht und Antrag aus einem Leidensdruck heraus entstand. Man wollte möglichst schnell eine Verbesserung erreichen. Auch für den Gemeinderat war die bisherige Situation mit der FGK sehr schwierig. Betreffend der Grösse der Kommission wird sich der Gemeinderat nicht äussern. Er unterstützt es aber sehr, dass Änderungen erfolgen.

Der von Peter Mattmann erwähnte Geschäftsbericht wird inskünftig zu erarbeiten sein. Dieser wird aber nicht wie befürchtet alles "über den Haufen werfen".

Franz Baumann erklärt, dass es nie Absicht war, mit der Parlamentsreform etwas langfristiges zu machen. Diese ist nur provisorisch jetzt nur noch für die letzten Jahre dieser Legislatur gültig. Sie steht nicht im Einklang mit der Gemeindeordnung.

Da man nun festgestellt hat, dass das Provisorium Mängel aufweist, vor allem im Zusammenhang mit der FGK, sollen diese, wenn auch nur noch für etwas mehr als ein Jahr gültig, korrigiert werden. Ab dem Jahr 2008 braucht der Einwohnerrat ohnehin eine neue Geschäftsordnung.

Die Chance21 war bei der Umfrage bzw. bei der Vernehmlassung eingeladen, ihre Meinung kundzutun. Dies hat sie aber nicht genutzt. Deshalb ist der Sprecher überrascht von der heutigen Kritik.

Bezüglich der Kommissionsgrösse muss die FGK selbst werten, ob es 5 Mitglieder sein sollen. Den Antrag einer 5-er-Baukommission erachtet der Sprecher im heutigen Zeitpunkt als falsch, dies wäre zu viel Neues für diese Sitzung. So etwas braucht eine vorgängige Diskussion, um einen Beschluss fassen zu können.

§ 57 der Geschäftsordnung wurde zitiert. Dieser bedeutet, dass für jede einzelne Kommission eine Proporzrechnung stattfindet. Der Sprecher ist deshalb davon überzeugt, dass es nicht möglich wäre, bei einer 5-er-Kommission die Grünen zu übergehen. Eine entsprechende Beschwerde müsste sicher gutgeheissen werden.

Hansruedi Kunz schliesst sich einem grossen Teil der Ausführungen von Franz Baumann an. Die Parlamentsreform ist eine provisorische Sache. Sie wird durch die neue Gemeindeordnung abgelöst. Auch er möchte nicht, dass heute die Diskussion betreffend einer 5-er-BK erfolgt. Dies würde den Rahmen sprengen.

Über die Aussagen der SVP ist der Sprecher sehr erstaunt. Diese droht, dass sie in der FGK nicht mitmachen will? So etwas versteht der Sprecher nicht. Dies ist politisch nicht vertretbar. Auch die SVP hat einen politischen Auftrag, in dieser Kommission mitzuwirken. Erst recht im Hinblick darauf, dass man bei den Ersatzwahlen des Gemeinderates für das Amt des Finanzchefs antreten will. Die CVP/JCVP-Fraktion wird für eine 7-er-Kommission stimmen, unabhängig davon, ob die SVP ihre Meinung ändert oder nicht.

Räto Camenisch kann verstehen, dass Hansruedi Kunz diesen Entschluss seltsam findet. Es ist aber einfach nicht richtig, eine provisorische Änderung auch noch falsch zu machen. Für die SVP ist es sehr wichtig, dass in der FGK die richtige parteipolitische Zusammensetzung herrscht. Deshalb ist sie nicht bereit, bei einer "Alibiübung" mitzuarbeiten. Gemäss Geschäftsordnung hat sie das Recht, auf den Einsitz zu verzichten. Dies wird sie tun, wenn eine 7-er-Kommission gebildet wird.

Patrick Koch findet, dass bei einer 7-er-Kommission die Kräfteverhältnisse absolut nicht widergespiegelt werden. Es würden lediglich 1 Mitglied der FDP und 1 Mitglied der SVP Einsitz nehmen.

Der Vorsitzende wird das Wort anschliessend Werner Baumgartner erteilen und weist darauf hin, dass dies hoffentlich das letzte Votum zum Thema Kommissionsgrösse ist. Diese Frage ist in der Detailberatung zu klären.

Werner Baumgartner hat von Seiten der SVP heute gehört, dass es wichtig ist, dass die Kommission gross ist und kompetent besetzt wird. Dann ist es aber widersprüchlich, bei einer 5-er-Kommission mitzumachen. Die SVP handelt nicht im Interesse der Bürger, sondern treibt politische Machtspiele. Wichtig ist doch, dass Mitglieder in die Kommission gewählt werden, die die Materie verstehen und kompetent sind. Die parteipolitische Zusammensetzung ist weniger entscheidend. Er wird für eine 7-er-Kommission stimmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass noch Räto Camenisch und Rolf Bättig das Wort verlangt haben. Handelt es sich dabei um Voten zum Eintreten? Die Kommissionsgrösse soll bei der Detailberatung diskutiert werden.

Räto Camenisch verzichtet auf ein Votum.

Rolf Bättig hat in der Eintretensdebatte Interessantes gehört. Hansruedi Kunz hat die Überlegungen auf den Punkt gebracht.

Die Parlamentsgrösse muss im Verhältnis zur Kommissionsgrösse gewahrt sein. Deshalb entstand die Idee mit 5 Mitgliedern. Es ging aber keinesfalls darum, jemanden "rauszukippen".

Der Sprecher wüsste auch nicht, warum dies gerade die Grünen treffen sollte, diese sind ja eine Fraktion.

Der Sprecher hat zum Thema Aus- und Weiterbildung, welche im Votum von Franz Baumann zwischen den Zeilen gefordert wurde, ein anderes Verhältnis. Die Mitglieder des Einwohnerrates werden vom Volk so gewählt, wie sie sind. Deshalb erachtet er es als seltsam, wenn man einen Weiterbildungsgutschein erhält. Die Mitglieder sind selbständig denkende Wesen, von politisch links bis politisch rechts.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist. Vor der Detailberatung, findet eine 30-minütige Pause statt.

Pause von 16.00 Uhr bis 16.30 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die **Detailberatung**. Als erstes wird der Bericht und Antrag behandelt, anschliessend das Reglement.

Seite 4 – Art. 4: Wahl der Kommissionen

Der Vorsitzende erläutert, dass zwei Anträge zur Grösse der FGK gestellt wurden:

- die SVP fordert eine Kommission mit 9 Mitgliedern
- die FDP beantragt 5 Mitglieder

Räto Camenisch ist Werner Baumgartner noch eine Antwort schuldig. Die SVP favorisiert keinesfalls die 5-er-Kommission. Eine Kommission mit 5 Mitgliedern ist eine schlechte Lösung und würde die Aufgabe nur ungenügend erfüllen. Sie wäre aber - im Gegensatz zur 7-er-Kommission - politisch einigermaßen aussagekräftig.

Der SVP geht es nicht um einen zweiten Sitz. Selbst wenn die SP der SVP ihren zweiten Sitz anbieten würde, möchte dies die SVP nicht. Die Zusammensetzung wäre dann nämlich genau so falsch.

Die SVP will die politische Arbeit. Man hat sie aber aus dem Gemeinderat ferngehalten und nun will man sie auch aus der wichtigsten Kommission fernhalten. Wenn die Grösse der SVP bei den nächsten Wahlen wieder schmelzen sollte, ist sie gerne bereit, auch hier wieder zurück zu gehen. Es ist wichtig, dass die Kommissionsarbeit eine repräsentative Arbeit ist. Der Sprecher weiss aus Erfahrung, dass die Finanzkommission ein Spiegelbild des Einwohnerrates wiedergeben muss, um aussagekräftig zu sein.

Hansruedi Kunz will die SVP nicht ausschliessen. Seiner Fraktion ist es sehr wichtig, dass die SVP in der GPK mitwirkt. Er hofft deshalb inständig, dass die SVP ihre Meinung überdenkt.

Im Vorfeld haben - was anscheinend nicht rund gelaufen ist - alle Fraktionen dem 7-er-Vorschlag zugestimmt. Dies wurde dann auch im Büro so beschlossen.

Man muss bedenken, dass die Zusammensetzung nur für ein Jahr bestimmt wird und dann ohnehin überarbeitet werden muss. In diesem Jahr kann sich zeigen, ob die 7-er-Kommission eine gute oder eine schlechte Lösung ist. Deshalb möchte der Sprecher beliebt machen, dass die SVP über ihren Schatten springt und auch in der 7-er-Kommission Einsitz nimmt, dies zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger von Kriens.

Der Vorsitzende lässt zuerst die beiden Anträge betreffend 5-er- und 9-er-Kommission gegen einander abstimmen. Der obsiegende Antrag wird anschliessend dem Vorschlag des Ratsbüros gegenübergestellt.

Abstimmung (5-er- gegen 9er-Kommission)

Grossmehrheitlich stimmt der Rat für den Antrag der SVP (9 Mitglieder).

Abstimmung (7-er- gegen 9-er-Kommission)

Mit 16:10 Stimmen folgt der Rat dem Antrag des Ratsbüros (7 Mitglieder).

René Hug wird aufgrund der informativen Statements seinen Antrag, die Baukommission auf 5 Mitglieder zu reduzieren, zurückziehen. Er wird in 1 ½ Jahren wieder darauf zurückkommen.

Seite 4 – Art. 5: Aufgaben und Arbeitsweise der Fachkommissionen

Der Vorsitzende weist auf die beiden BK-Anträgen, welche in schriftlicher Form vorliegen, hin.

Seite 4 – Art. 4: Wahl der Kommissionen

Franz Baumann wird zu den vorliegenden BK-Anträgen nichts mehr sagen. Er möchte aber auf den Wunsch von Stefan Meyer zurückkommen, bei Art. 4 den Abs. 3 (und nach Ansicht des Sprechers müsste das dann auch für Abs. 2 gelten) nach hinten in den Art. 7 zu verschieben.

Im Art. 4 sind alle Aufgaben der Fachkommissionen beschrieben. Die Rechnungsprüfung ist auch eine solche Aufgabe. Deshalb wurden die Absätze 2 und 3 dort platziert. Aber man könnte diese Absätze auch im Art. 7 einbauen. Dann müsste man noch genau bestimmen wo. Der Sprecher selbst befürwortet jedoch, dass die beiden Absätze im Art. 5 verbleiben.

Seite 4 – Art. 5: Aufgaben und Arbeitsweise der Fachkommissionen

Der Vorsitzende macht beliebt, erst die Anträge der BK fertig zu behandeln. Von Seiten des Einwohnerrats wird diesen Anträgen nicht opponiert. Die Änderungen werden somit gutgeheissen.

Seite 4 – Art. 4: Wahl der Kommissionen

Der Vorsitzende fragt Stefan Meyer an, ob der Antrag der FGK auch beinhaltet, dass neben dem Abs. 3 auch der Abs. 2 verschoben wird.

Stefan Meyer schliesst sich den Ausführungen von Franz Baumann an, dass es besser stimmen würde, wenn man beide Absätze unter Art. 7 lit. d oder e einfügen würde. Es stellt sich die Frage, inwieweit man diese Feinsistierung überhaupt vornehmen will. Der Sprecher kann grundsätzlich auch nur mit der Korrektur leben, die durch die Anträge der BK erfolgt ist. Sofern kein Mitglied der FGK opponiert, zieht er seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Franz Baumann fragt sich, ob nicht über die von Stefan Meyer gewählte Formulierung bei Abs. 3 "Prüfung und Beratung der Abrechnung von Sonderkrediten" abgestimmt werden sollte.

Der Vorsitzende erachtet dies als ein redaktionelles Detail.

Stefan Meyer hat seinen Antrag zurückgezogen. Somit bleibt der Text, wie er ist.

Dem Vorsitzende liegen keine Wortmeldungen mehr vor - auch nicht zum Reglement. Rückkommen wird nicht verlangt. Das Ratsbüro schlägt die Behandlung dieses Geschäfts in einer Lesung vor. Dem wird nicht opponiert. Somit verliest der Vorsitzende den **Beschlussestext**:

1. Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:
 - 1.1 Das „Reglement für die versuchsweise Parlamentsreform“ wird gemäss vorliegendem Bericht und Antrag geändert.
 - 1.2 Diese Änderungen treten am 01. Januar 2007 in Kraft. Mit dem In-Kraft-Treten endet die Amtsperiode der heute amtierenden FK und FGK.
2. In eigener Kompetenz:
 - 2.1 Das Ratsbüro erarbeitet ein neues Reglement für die Entschädigung der Einwohnerrats- und Kommissionsmitglieder spätestens auf Beginn der Legislatur 2008/2012.
 - 2.2 Das Ratsbüro nimmt nach Bedarf den Auftrag der Aus- und Weiterbildung der Einwohnerratsmitglieder wahr.
 - 2.3 Der Einwohnerrat sorgt für die Erarbeitung einer neuen, auf der neuen Gemeindeordnung basierenden „Geschäftsordnung für den Einwohnerrat“.

Hansruedi Kunz weist einerseits auf den Vorbehalt des fakultativen Referendums hin und andererseits darauf, dass das Reglement per 1. Januar 2007 Inkrafttreten soll. Bis dahin ist noch nicht einmal die Referendumsfrist abgelaufen. Können diesbezüglich Probleme auftreten?

Robert Lang ist nicht der Meinung, dass dadurch ein Problem entsteht. Die In-Kraft-Tretung kann per 1. Januar 2007 erfolgen. Wenn man diese hinausschieben würde, müssten auch die Wahlen verschoben werden.

Für die Änderungen der Gemeindeordnung ist an und für sich das Volk zuständig. Da es sich bei der Parlamentsreform lediglich um ein Provisorium handelt, kann dies der Einwohnerrat genehmigen, jedoch mit dem Vorbehalt des fakultativen Referendums.

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein Rückkommen verlangt wird.

Abstimmung

Mit 18:6 Stimmen wird der Bericht und Antrag genehmigt.

Der Vorsitzende verdankt die von Franz Baumann geleistete Arbeit, welche gut und umfangreich ausgefallen ist und dem Ratsbüro viel Arbeit abgenommen hat.

4.1 Wahl von Mitgliedern in die neue Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Der Vorsitzende erklärt, dass zufolge der Parlamentsreform die FGK neu zu wählen ist. Die SVP hat vorher mitgeteilt, dass sie bei einer 7er-Kommission auf ihren Sitz verzichtet. Hat dieses Votum nach wie vor Gültigkeit?

Räto Camenisch informiert, dass die SVP an ihrem Entschluss festhält. Sie verzichtet darauf, ein Mitglied für die FGK zu stellen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der freie Sitz somit der FDP zugesprochen wird und lässt die Wahlzettel verteilen.

Aufgrund eines Ordnungsantrags von Hansruedi Kunz beim Traktandum 5 (nach dem Eintretensvotum von Bruno Peter) wurde die Resultate der Wahl während der Behandlung der Motion Schwarz/Kiener und Mitunterzeichnende: Qualitätsanspruch für unser Zentrum bekannt gegeben. Der Ordnungsantrag kam zu Stande, weil Hansruedi Kunz vermutete, dass die Resultate teilweise auf dem "Latrinenweg" bekanntgegeben wurden, bevor der gesamte Einwohnerrat informiert war. Diesem Ordnungsantrag wurde nicht opponiert.

Wahlergebnis

ausgeteilte Stimmzettel	27
eingegangene Stimmzettel	27
leere Stimmzettel	0
ungültige Stimmzettel	0
gültige Stimmzettel	27
absolutes Mehr	14

Stimmen als Mitglieder erhielten und somit gewählt sind:

Baumann Franz	mit 19 Stimmen
Dalla Bona Johanna	mit 15 Stimmen
Heini Martin	mit 20 Stimmen
Konrad Simon	mit 27 Stimmen
Kunz Hansruedi	mit 26 Stimmen
Meyer Stefan	mit 26 Stimmen
Zeder Pia	mit 23 Stimmen
Winiker Paul	mit 15 Stimmen

Stimmen als Präsident erhielt und somit gewählt ist:

Meyer Stefan	mit 25 Stimmen
--------------	----------------

Der Vorsitzende erklärt, dass somit 8 gewählte Mitglieder bestehen, jedoch nur 7 Sitze zu verteilen sind. Johanna Dalla Bona und Paul Winiker erreichen das gleiche Resultat. Der Sprecher zitiert § 57 der Geschäftsordnung:

"Die Fraktionen haben Anrecht auf proportionale Vertretung in sämtlichen Kommissionen. Eine Fraktion kann zugunsten einer andern Fraktion oder eines bestimmten Ratsmitgliedes auf Sitze verzichten, die ihr selber zustehen würden. Der Rat ist aber nicht verpflichtet, zuzustimmen. Andererseits kann er nicht mit Mehrheitsbeschluss gegen den Willen einer Fraktion einen ihr zustehenden Sitz anderweitig besetzen."

Für den jetzt vorliegenden Fall ist kein genaues Vorgehen festgelegt. Der Vorsitzende schlägt deshalb ein kurzes Time-out vor. Die beiden Betroffenen sollen sich absprechen und anschliessend den Rat über ihre Entscheidung informieren.

Franz Baumann möchte noch wissen, ob die Wahlergebnisse während der Behandlung des Traktandums 5 teilweise verteilt wurden. Er konnte feststellen, dass während der Behandlung eines anderen Geschäfts Diskussionen über diese Wahl stattfanden. Ist es Usanz und zulässig, die Resultate vorher teilweise bekannt zu geben?

Der Vorsitzende erklärt, dass sich aufgrund der speziellen Situationen Diskussionen zwischen den Stimmzählern, dem Gemeindeschreiber und ihm ergaben, wie das weitere Vorgehen aussehen soll. Ob die Stimmzähler die Resultate vorgängig an ihre Fraktionen weitergeleitet haben, weiss der Sprecher nicht.

Robert Lang weist darauf hin, dass es sich um einen ausserordentlichen Fall handelt. Deshalb hat man vorgängig mit den betroffenen Fraktionen Rücksprache genommen. Dies, damit nicht etwas gegen den Fraktionswillen unternommen wird.

Der Sprecher hat auch die Geschäftsordnung der Stadt Luzern nach einer entsprechenden Regelung durchsucht. Aber auch diese konnte nicht weiterhelfen, deshalb haben die Diskussionen stattgefunden. Es ist richtig, nun ein Time-out zu machen, damit sich die Fraktionen absprechen können.

Werner Baumgartner versteht, dass das weitere Vorgehen abgesprochen werden muss. Er wolle nur wissen, warum diese Diskussionen bereits erfolgen, bevor die Resultate dem gesamten Einwohnerrat mitgeteilt wurden.

Rolf Bättig hat zwei Anliegen. Einerseits werden hier Politspiele betrieben, wie damals bei den Bundesratswahlen. Das diese nun zulasten einer Frau gehen sollen, stört ihn.

Andererseits sollte man - bevor ein Time-out erfolgt - wissen, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, dass die SVP die Wahl annimmt. Wenn nicht, erübrigen sich weitere Diskussionen.

Peter Mattmann fragt sich, ob nicht ein Rückkommen zur Parlamentsreform diskutiert werden sollte. Die Kommission ist nicht repräsentativ. Eine gute Regelung gibt es nur mit einer 9-er-Kommission. Parteipolitische Spiele sollte man jedoch sein lassen.

Der Vorsitzende kann einem Rückkommen nicht zustimmen, da der entsprechende Bericht und Antrag bereits genehmigt wurde. Einzige Möglichkeit für die Umsetzung einer 9-er-Kommission wäre das Referendum zu ergreifen. Ein kurzes Time-out wird nun erfolgen, damit sich die SVP-Fraktion beraten kann.

Kurzes Time-out

Der Vorsitzende bittet die SVP-Fraktion, das Ergebnis ihrer Besprechung bekannt zu geben.

Paul Winiker teilt mit, dass die SVP sich beraten hat. Dem Einwohnerrat ist bekannt, warum die SVP-Fraktion grundsätzlich einer 7-er-Delegation nicht zustimmt. Die Repräsentativität ist nicht gewährleistet.

Nachdem der Sprecher aber deutlich viele Stimmen erhalten hat und somit der Wunsch klar vorhanden ist, dass die SVP in der FGK Einsitz nimmt, und auch weil er als Gemeinderat kandidieren wird, ist er bereit, die Wahl anzunehmen.

Für Johanna Dalla Bona macht es Sinn, dass die SVP auch in der FGK vertreten ist. Sie verzichtet auf den Sitz und gibt der SVP den Vorrang.

Der Vorsitzende erklärt, dass somit Paul Winiker als Mitglied der FGK gewählt ist. Dem wird nicht opponiert.

Der Vorsitzende gratuliert allen Gewählten.

5. *Motion Schwarz/Kiener und Mitunterzeichnende: Qualitätsanspruch für unser Zentrum* **Nr. 117/06**

Daniela Kiener hält einleitend fest, dass der Titel dieser Motion vielleicht etwas irreführend ist bzw. falsch verstanden werden kann. "Qualitätsanspruch für den Siedlungsraum Kriens" wäre optimaler gewesen.

Der Druck auf das bestehende Siedlungsgebiet ist gewachsen. Es fehlt eine Quartierplanung bzw. -entwicklung. Insbesondere die Quartiere Obernau und Kuonimatt sind schnell gewachsen und werden noch grösser. Der längerfristigen gezielten Gestaltung (inkl. Planung) dieser Gebiete wurde leider relativ wenig Beachtung geschenkt. Sie haben sich einfach entwickelt. Eine klare Vorstellung, wie diese Gebiete aussehen sollten, gab es eher nicht. Daraus resultierten dann auch verschiedene Probleme: Verkehr, Bereiche für Jugend, wo kauft man ein, wer lebt wo etc.

Ein positives Beispiel ist die Entwicklung des Neustadt-Quartiers in Luzern. Dort wurde diese geplant und der wirtschaftliche Aspekt stimmt auch.

Der Bodenverbrauch für Wohnzwecke hat stärker zugenommen als die Wohnbevölkerung - auch in Kriens. Der Druck auf Boden und Landschaft ist enorm gestiegen. Grosse Projekte - zum Beispiel im Verkehrs- und Einkaufsbereich - geniessen in der Bevölkerung nach wie vor hohe Priorität. Zwar wird der Wert schöner Landschaften in der Bevölkerung hoch eingeschätzt, wenn diese jedoch mit der Einschränkung der Mobilität verbunden sind, will man nichts mehr davon wissen. Richtpläne gleichen oft eher einem Wunschкаталог als einem Instrument zum Management der räumlichen Entwicklung und zur Lösung von Nutzungskonflikten.

Die Raumplanung ist ein ganz entscheidender Bereich, dem leider bis jetzt zu wenig Beachtung geschenkt wurde. Raumplanung heisst zukunftsgerichtete Strategien entwickeln, agiere nicht reagieren (Anpassung Richtpläne / Landschaftsentwicklungskonzepte / Rückzonungen von Bauland in die Landwirtschaftszone / keine Spezialzonen / Aufwertung des öffentlichen und halb-öffentlichen Raums / attraktives Wohnumfeld etc.). Für solche Prozesse braucht es ganz klar einen Planungsverantwortlichen (nach dem Modell Stadtarchitekt Luzern) und eine qualifizierte Fachkommission (wie in der Gemeinde Emmen).

In Zukunft soll auch in der Gemeinde Kriens ein massvoller und qualitativ hochwertiger Ausbau der Gemeinde garantiert werden. Diese Motion hätte es eigentlich schon vor 10 bzw. 15 Jahren gebraucht, aber besser spät, als nie.

Die Motionäre haben den Umfang der Stelle für den Planungsverantwortlichen bewusst nicht definiert. Es muss keine 100%-Stelle sein.

Die Sprecherin bittet den Einwohnerrat, ihren Vorstoss zu unterstützen. Ausserdem gibt es dafür noch ein kleines Argument: Die FDP-Fraktion wollte den beiden Motionären an der letzten Einwohnerratssitzung unbedingt ein Geschenk zum Abschied machen. Nun hat sie dazu die Möglichkeit. Die Motionäre würden sich für eine Unterstützung herzlich bedanken.

Bruno Peter hält einleitend fest, dass die Motionäre die Anstellung eines Stadtarchitekten nach dem Modell der Stadt Luzern sowie die Einsetzung einer beratenden Fachkommission nach dem Vorbild der Gemeinde Emmen oder Stadt Sursee verlangen. Zum besseren Verständnis wird er auf die erwähnten Modelle eingehen:

Stadt Luzern

Die Stadt Luzern hat einen Stadtarchitekten, der als Dienststellenleiter dem Stadtplanungsamt vorsteht. Das Pflichtenheft beinhaltet unter anderem:

- die Begutachtung öffentlicher und privater Bauvorhaben
- die Beratung von Stadtrat und Verwaltung sowie von Privaten bezüglich Stadtraumgestaltung
- Erstellung von Bericht und Anträgen an den Stadtrat
- Mitarbeit in verschiedenen städtischen und kantonalen Kommissionen und Arbeitsgruppen
- Organisation von Wettbewerben und Mitwirkung bei Jurierungen
- Kommunikationsarbeit in Form von Medienbegleitung, Referaten, Vorträgen
- Entwicklung von Strategien und Konzepten zu Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung

Unterstützt wird der Stadtarchitekt von einer Stadtbaukommission, die den Stadtrat in Fragen des Städtebaus, der Architektur und der Denkmalpflege berät.

Stadt Sursee

Die Stadt Sursee hat eine 5-köpfige Stadtbaukommission, die den Stadtrat in Fragen der städtebaulichen Entwicklung berät und Stellung bezieht zu:

- Veränderungen an Gebäuden von kulturgeschichtlicher Bedeutung
- architektonischen Eingliederung von Bauten
- Richtplänen und Nutzungsplänen
- grösseren Bauvorhaben im Baugebiet

Gemeinde Emmen

Die Gemeinde Emmen hat eine beratende Fachkommission "Stadtbild". Das Aufgabengebiet dieses Fachgremiums beinhaltet die Beurteilung von Baugesuchen im Bereich der Ortsbilschutz-zonen und der Begutachtung städtebaulich wichtigen privaten und öffentlichen Bauvorhaben. Ziel der Kommissionsarbeit ist grundsätzlich die Förderung der architektonischen Qualität. Die Kommission besteht aus 5 Mitgliedern. Die Triage der zu behandelnden Projekte wird durch den Chef des Bauamtes vorgenommen.

Fazit

Stadtarchitekten oder Stadtbildkommissionen führen vor allem - auch unter gesamtschweizerischer Blickwinkel - Kernstädte mit kulturhistorischer Qualität und Substanz.

Begutachtet und geprüft werden vor allem schützenswerte Objekte und grössere Bauvorhaben, bzw. deren städtebauliche und architektonische Eingliederung.

Entscheidend für die Arbeit und Akzeptanz von Stadtarchitekten oder Stadtbildkommissionen - und dies wurde von sämtlichen Städten und Gemeinden bestätigt - ist die Persönlichkeit bzw. die

- Qualität und der Bekanntheitsgrad der Fachpersonen
- Unabhängigkeit der Experten (Büroinhaber, Dozenten)
- Gesprächskultur der Expertenkommission (kommunikativ anerkannt und nicht belehrend und arrogant auftretend)

Bewilligungsverfahren in Kriens

In Kriens sind pro Jahr ca. 160 - 180 Baugesuche durch die Hochbauabteilung zu bearbeiten und zu beurteilen. Dabei entfallen auf den erweiterten Zentrumsbereich - im Schnitt der letzten 5 Jahre - ca. 10 Baugesuche: 5 Neubauprojekte und 5 Umbauten/Fassadensanierungen.

Baugesuche, welche in Ortsbildschutzzonen oder im Verzeichnis der schützenswerten Objekte aufgeführt sind, werden - je nach Einstufung - durch die Kantonale Denkmalpflege oder die gemeinderätliche Fachkommission "schützenswerte Kulturobjekte" als Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat geprüft und beurteilt.

Seit der Genehmigung des Richtplanes durch den Einwohnerrat wird durch den Gemeinderat auf die architektonische Qualität und die städtebauliche Eingliederung von Bauten im Zentrumsbereich grösseres Gewicht gelegt. So wird für Neubauprojekte grundsätzlich eine Stellungnahme der Pool-Architekten Zürich für die Entscheidungsfindung eingeholt (z.B. Sägemie, Bahnhofli-Überbauung, Bellpark-Anlage).

Mögliche Aufgaben der neuen Stabsstelle

Bei der Schaffung von neuen Stellen gilt es grundsätzlich zu prüfen wie ein Pflichtenheft aussehen kann oder anders ausgedrückt, ob genügend Aufgaben für die neue Stelle vorhanden sind.

Die Motionäre sehen für die neu zuschaffende Stabsstelle folgende Aufgaben vor:

- Aktualisieren Leitbild Siedlungsentwicklung
- Definieren der künftigen Siedlungsentwicklungsschwerpunkte
- Wahrnehmen der Interessen von Kriens bei der Festlegung der Siedlungsentwicklung in der Agglo
- Mitwirken in regionalen Arbeitsgruppen
- Überprüfen der Arbeitsabläufe in Baugesuchsverfahren
- Triage der Baugesuche nach städtebaulichen Kriterien
- Beratung des Gemeinderates in Fragen der Stadtentwicklung

Ein grosser Teil der von den Motionären erwähnten Aufgaben ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht für eine Neubearbeitung reif (vor kurzem abgeschlossenen Ortsplanung) oder werden mit der Zentrumsgestaltung durch qualifizierte Wettbewerbsverfahren abgedeckt. Zudem rechtfertigt sich für 5 - 10 Baugesuche im Zentrum kaum eine hochdotierte neue Stelle. Weitere erwähnte Koordinationsaufgaben mit der Agglomeration werden durch vorhandene Gremien/Institutionen wahrgenommen (RPV, Begleitkommission Aggloprogramm)

Zusammenfassung

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die erhoffte Qualitätsverbesserung im Zentrum nicht mit den vorgeschlagenen Modellen zu erreichen ist und die Motion demzufolge abzulehnen ist.

Stadtarchitekt

Das Amt eines Stadtarchitekten schaffen in der Regel Gemeinden und Städte mit einem historischen Ortskern von regionaler oder nationaler Bedeutung. Die Bautätigkeit im Zentrum der Gemeinde Kriens wird mit der Umsetzung des Richtplanes zunehmen. Trotzdem ist es sehr fraglich ob das Aufgabengebiet ausreicht, um einen fachlich hochqualifizierten und hochdotierten Stadtarchitekten (und nur eine gut qualifizierte Fachperson bringt das erhoffte Ergebnis) auszulasten. Zudem ist es nach Ansicht des Gemeinderates unverhältnismässig für diesen Aufgabenbereich eine neue hochdotierte Stelle mit Lohnkosten von Fr. 170'000 - 190'000 pro Jahr (inkl. Lohnnebenkosten) zu schaffen.

Fachkommission Städtebau

Als wichtigstes Instrument für eine hochwertige Architektur erachtet der Gemeinderat das Wettbewerbsverfahren. Denn auch eine Fachkommission oder ein Stadtarchitekt stehen einem schlechten oder ungenügenden Entwurf meist recht hilflos gegenüber. Die angestrebte hohe Qualität der Bau- und Freiraumkonzepte im Zentrumsbereich sollen - wie im Richtplan Zentrum vorgesehen - mit wettbewerbsähnlichen Verfahren mit mehreren Planungsbüros erreicht werden.

Der Gemeinderat ist wie die Motionäre der Ansicht, dass die Qualität und die städtebaulichen Aspekte bei der Umsetzung der Zentrumsplanung zu gewährleisten sind. Diese Zielsetzung soll aber - wie in der Botschaft Zentrumsgestaltung vom 18. Mai 2006 erwähnt - auf einem anderen Weg, nämlich durch die Projektorganisation für die Zentrumsgestaltung, erreicht werden. Das heisst, Wettbewerbsverfahren, qualifizierte Juryzusammensetzung (Denkmalpflege) sowie städtebauliche Begleitung (Stadtarchitekt Luzern) in der Zentrumskommission bei der Umsetzung der Zentrumsplanung.

Gestützt auf die vorerwähnten Ausführungen beantragt der Gemeinderat, die Motion "Qualitätsanspruch für unser Zentrum" abzulehnen.

Die Motion verlangt im zweiten Teil die Schaffung einer qualifizierten Fachkommission - nach dem Vorbild der Gemeinde Emmen - welches dem Gemeinderat beratend zur Seite steht. Dieses Anliegen ist grundsätzlich prüfenswert.

Wie schon erwähnt legt der Gemeinderat seit Genehmigung des Richtplanes grösseres Gewicht auf die städtebauliche Qualität und Eingliederung der Bauten im Zentrumsbereich (Stellungnahmen der Pool-Architekten Zürich). Zudem führt Kriens seit dem Abschluss der Ortsplanungsrevision im Jahre 2000 eine Fachkommission "schützenswerte Kulturobjekte", welche Baugesuche in Ortsbildschutzzonen oder im Verzeichnis aufgeführte Kulturobjekte prüft und zuhanden des Gemeinderates eine Beurteilung und Stellungnahme verfasst. Diese Arbeit hat sich bis anhin sehr bewährt.

Der Gemeinderat ist aber bereit zu prüfen, inwiefern neben den Wettbewerbsverfahren und den bestehenden Gremien und Kommissionen eine Fachkommission "Städtebau oder Stadtbild" gebildet werden kann. Eventuell könnte auch die Fachkommission "schützenswerte Kulturobjekte" erweitert und das entsprechende Pflichtenheft angepasst werden.

Im Sinne dieser Ausführungen ist der Gemeinderat bereit, den zweiten Teil der Motion - die Schaffung einer qualifizierten Fachkommission Städtebau - zu prüfen und als Postulat entgegenzunehmen.

Nachdem sich kein Sprecher der Fachkommissionen gemeldet hat, erteilt der Vorsitzende den Fraktionssprechern das Wort.

Stefan Meyer namens der CVP/JCVP-Fraktion glaubt nicht, dass die Gemeinde Kriens eine Kandidatin für den Wakker-Preis wird. Das in Kriens Entstandene sieht eher wie ein Zufallsprodukt aus. Man hat den Eindruck, bei der Baubewilligungspraxis kommt die Gestaltung nur wenig zum Zug. Vielleicht ist dies auf den liberalen Willen zurückzuführen. Man will den Bauherren möglichst viele Freiheiten lassen. Dies ist eine Frage der Bedeutung bzw. Gewichtung. Als ganz kümmerliche Beispiele hierfür sind die Spielplätze anzuführen.

Die Motion greift diese Problematik auf. Trotzdem muss man die Forderungen kritisch betrachten, auch wenn man die Motivation hinter dem Anliegen versteht. Die Motion trifft das Ziel nicht. Es gibt nicht mehr viel zu vermeiden, das Krienser Bauvolumen ist praktisch ausgeschöpft. Gerade im Zentrum sind die entsprechenden Instrumente bereits installiert. Mit den geforderten Gremien wird lediglich die Bürokratie befruchtet. Der Sprecher ist der Meinung, dass städtebauliche Expertisen gezielt einzukaufen sind, wenn diese benötigt werden. Deshalb bezweifelt er, dass die Motion wirklich hilfreich ist.

In Bezug auf die teilweise Entgegennahme durch den Gemeinderat hat der Sprecher persönlich den Eindruck gewonnen, der Gemeindeammann will einfach ein zusätzliches Gremium einführen. An den Gremien fehlt es aber nicht, sondern an der entsprechenden Politik.

Die CVP/JCVP-Fraktion spricht sich deshalb gegen die Motion aus. Vielleicht kann der Gemeinderat nochmals verdeutlichen, wo er die Vorteile bei einer Überweisung als Postulat sieht.

Martin Heiz namens der SVP-Fraktion hat leider nicht alles mitbekommen, was Bruno Peter ausgeführt hat, da er mit der Auszähldebatte bzw. -problematik beschäftigt war. Er möchte noch kurz zu Werner Baumgartner festhalten, dass er seiner Fraktion das Resultat der Wahl nicht mitgeteilt hat. Er hat ihr aber gesagt, dass zwei Mitglieder mit gleich vielen Stimmen gewählt wurden, damit man das weitere Vorgehen besprechen konnte.

Nun zurück zur Motion: Für die Zentrumsplanung hat man zwei Kommissionen gebildet und es wurde ein Wettbewerb durchgeführt. In den bestehenden Kommissionen sitzen Fachleute, die hoffentlich die richtigen Akzente setzen können. Nun möchte man wieder Geld für eine neue Kommission bzw. einen Stadtarchitekten ausgeben, und dies, obwohl man doch erst gerade ein Oer-Budget erreicht hat. So ein Vorgehen versteht der Sprecher nicht.

Die entsprechenden Kommissionen bestehen bereits. Der Sprecher selbst kommt auch aus der Baubranche. Er weiss deshalb, dass sich Architekten verwirklichen wollen. Dann ist es aber fraglich, ob eine Verbesserung erfolgt. Wie bereits gesagt wurde, so viel bauen kann man in Kriens nicht mehr. Wenn schon, hätte eine solche Stelle vor 30 Jahren geschaffen werden müssen.

Die SVP lehnt die Motion ab - auch als Postulat.

Rolf Bättig namens der FDP-Fraktion möchte nicht, kaum ist die Budgetdebatte 2007 vorbei, unnötiges Geld für einen Stadtarchitekten und eine weitere Kommission ausgeben. Die Qualifikationen für einen Stadtarchitekten sind:

- anerkannt in Architektenkreisen
- Erfahrung im Umgang mit Wettbewerben
- geprägt von städtischem Denken mit Integration der Agglo-Gemeinden, deshalb heisst er ja Stadtarchitekt

Er würde so gegen Fr. 180'000 kosten und wäre als Stabstelle ins Organigramm eingebettet. Kriens braucht aber keine Stabstellen, sondern eine Exekutive, die die Verantwortung selbst trägt, ohne dauern ihre Stabstellen konsultieren zu müssen.

Der Sprecher glaubt, dass in diesem Bereich bereits genügend Kommissionen, Verbände, Gesetze und Reglemente bestehen, so zum Beispiel:

- Kantonaler Richtplan
- ESP Schlund – Eichhof, mit den zugehörigen Regelungen
- Regionaler Planungsverband (sofern sich der Sprecher nicht irrt, vertritt der Gemeindeamann die Gemeindeinteressen im Vorstand)
- Zentrumskommission, unter der Leitung des sehr erfahrenen Präsidenten der Baukommission, Franz Baumann
- Bau- und Zonenreglement der Gemeinde Kriens, vom Einwohnerrat verabschiedet
- Fachkommission "schützenswerte Kulturobjekte"

Die Regelungsdichte und Mitsprachemöglichkeiten sind enorm und die FDP-Fraktion denkt, dass diese ausreichen. Deshalb lehnt sie die Motion einstimmig ab und hat auch kein Verständnis für eine teilweise Überweisung als Postulat.

Die FDP-Fraktion bedauert, dass sie den ausscheidenden Mitgliedern des Einwohnerrats, Daniela Kiener und Heinz Schwarz auch in dieser politischen Fragestellung keine Unterstützung bieten konnte.

Daniela Kiener geht es um das ganzes Siedlungsgebiet von Kriens. Die Stellenprozente des geforderten Stadtarchitekten wurden bewusst offen gelassen. Stefan Meyer hat es ja bereits ausgeführt, irgendwie ist einfach alles entstanden. Aber trotzdem kann man nun noch Veränderungen vornehmen. Auch in Luzern ist fast alles fertig gebaut, trotzdem hat man dort einen Stadtarchitekt. Dies ist also kein Argument, schliesslich hat die Stadt Luzern ihren Architekten auch nicht entlassen.

Bruno Peter stellt dazu fest, dass die Stadt Luzern auch einen historischen Kern hat. Dieser muss geschützt und unter Beobachtung gehalten werden. Deshalb ist dort ein Stadtarchitekt auch sinnvoll. Kriens ist hingegen aus der Industrie heraus gewachsen. Der Sprecher findet nicht, dass die Gestaltung in Kriens so schlecht ist, wie das immer dargestellt wird. Es stimmt

aber, dass Kriens kein richtiges Zentrum hat. Aber der Kern der Kuonimatt ist sehr schön, gut gelegen und ruhig. Das Obernau-Quartier hat einen typischer Vorstadtcharakter.

In Kriens sind wahrscheinlich zur Zeit die letzten grossen Gestaltungspläne in Diskussion – vielleicht abgesehen von ESP. Deshalb bezweifelt der Sprecher, dass ein genügendes Potential an Aufgaben für eine hochqualifizierte Person besteht.

Zur Überweisung als Postulat muss der Sprecher erst mal grundsätzlich feststellen, dass dies nicht seine persönliche Meinung ist, sondern dass er die Meinung des gesamten Gemeinderates vertritt. Der Gemeinderat ist einer Überprüfung, ob die bestehende Kommission "schützenwerte Kulturobjekte" erweitert werden soll, nicht abgeneigt. Persönlich fände es der Sprecher sicher auch falsch, eine neue Kommission zu bilden. Dann müsste man auch noch deren Hierarchien festlegen. Die Zentrumskommission ist bereits gebildet - unter der Leitung von Franz Baumann.

Heinz Schwarz hat das Gefühl, dass man einfach so hinnimmt, dass Kriens so ist, wie es ist. Bemühungen und Visionen den Siedlungsraum zu gestalten, gehen völlig unter. Der Wakker-Preis wurde erwähnt. Kriens ist aber weit davon entfernt bzw. wird diesen Preis kaum jemals erhalten können.

Der Sprecher hat die Vision, dass aber die letzten Möglichkeiten, die sich bei den Randgestaltungen ergeben, auch ausgeschöpft werden. Er versteht nicht, warum man keinen Stadtarchitekten einsetzt, der mithilft, dass Kriens etwas schöner wird. Wie auch immer, die Meinungen im Rat sind gemacht und er dankt fürs Zuhören.

Der Vorsitzende fragt die Motionäre an, ob diese an der Motion festhalten.

Daniela Kiener hält an der Motion fest. Auf die teilweise Entgegennahme als Postulat verzichtet sie hingegen. Die Chance sieht sie in einer Fusion mit der Stadt Luzern. So kommt Kriens automatisch zu einem Stadtarchitekten.

Abstimmung

Mit 10:17 Stimmen wird die Motion abgelehnt.

6. Bericht und Antrag: Änderung des Reglementes über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund (2. Lesung) Nr. 121/06

Der Vorsitzende stellt fest, dass Fritz Rast allenfalls noch eintreffen wird als Sachverständiger. Da es sich um die 2. Lesung handelt, gibt es kein Eintreten mehr. Grundsätzliches kann aber vor der Detailberatung gesagt werden.

Franz Baumann teilt mit, dass die Baukommission mit der neuen Fassung des Parkplatzreglementes einverstanden ist und diese einstimmig genehmigt.

Bruno Peter weist darauf hin, dass dem Einwohnerrat alle Argumente und Äusserungen des Gemeinderates zu diesem Traktandum am 15. November 2006 zugestellt wurden.

Dem Vorsitzenden liegen keine Wortmeldungen der Fraktionen vor. Gleichzeitig begrüsst er Fritz Rast, welcher inzwischen eingetroffen ist.

Detailberatung

Seite 5 – Art. 9 Gebührenpflicht

Johanna Dalla Bona stellt namens der FDP-Fraktion den Antrag, den letzten Satz dieses Artikels neu wie folgt zu formulieren: *Die ersten 30 Minuten der Benützung sind frei.*

Es ist ein politisches Anliegen, dass Einkäufe im Zentrum gefördert werden. Eine repräsentative Bevölkerungsumfrage im Sommer 2005 hat gezeigt, dass bei der Frage, wo die Gemeinde Kriens in Zukunft investieren soll, 43 % gesagt haben "bei einer Stunde gratis parkieren". 33 % würden öfter in Kriens einkaufen, wenn das Parkieren eine Stunde gratis wäre. Die bisherigen 15 Minuten sind für einen Kurzeinkauf eher knapp. 30 Minuten wären ein fairer Kompromiss gegenüber dem Anliegen der Bevölkerung und haben sich auch in Horw bestens bewährt.

Das Zentrum ist dort nicht nur wegen der ideal gelegenen Abstellplätze, sondern auch wegen der gebührenfreien Parkdauer sehr attraktiv. In 30 Minuten hat man Zeit, in Ruhe ein Buch auszusuchen, in die Bäckerei oder auch in die Drogerie zu gehen. Man kann bei der Einwohnerkontrolle vorbeigehen und erst noch beim Metzger Fleisch holen etc.

Viele Detaillisten könnten von diesen 30 Minuten profitieren und auch für neue Detaillisten und Dienstleistungsbetriebe wäre das Zentrum attraktiver. Darum fordert die FDP, dass die ersten 30 Minuten der Benützung gebührenfrei sind.

Bernadette Hauser lehnt namens der CVP/JCVP-Fraktion den Antrag ab. Die Fraktion bezweifelt, dass die Erweiterung der gebührenfreien Parkzeit von 15 auf 30 Minuten den gewünschten Anreiz mit sich bringt. Die CVP/JCVP-Fraktion denkt, dass ganz andere Faktoren ausschlaggebend sind, dass Kriens zum Einkaufen attraktiv ist und bleibt, z.B. Geschäftslage und Standort, Preis-/Leistungsverhältnis, Freundlichkeit des Personal, Attraktivität des Angebot.

Natürlich ist so, dass einige Krienser in Horw einkaufen. Das dies aber deshalb ist, dass man dort 30 Min. gratis parkieren kann, kann die CVP/JCVP-Fraktion nicht glauben. Sie vermutet, dass dies eher andere Gründe hat, neben den vorher erwähnten z.B. auch, dass für die Bewohnerinnen und Bewohner der Kuonimatt Horw näher liegt.

Im übrigen hat jeder Geschäftsinhaber die Möglichkeit, seinen Kunden die Parkgebühren zurückzuerstatten. Die Autofahrerinnen und Autofahrer soll gegenüber Benützern des öffentlichen Verkehrs und Velos nicht bevorzugt werden. Zudem kostet es mehr als Fr. 0.50 oder Fr. 1.-- das Auto in Bewegung zu setzen.

Kriens soll nicht gleich sein wie Horw, sondern besser. Für dieses Anliegen sollte man seine Energien aufwenden.

Bruno Peter kann sich vorstellen, dass die Einkäufe in Horw wahrscheinlich vermehrt auf die andere Gestaltung zurückzuführen sind.

In Kriens hat man damals 15 Minuten beschlossen und dieser Entscheid hat sich gut bewährt für Kurzeinkäufe. Wenn man länger braucht, dann muss man eben zahlen. Um eine Umrüstung der Taxameter vornehmen zu können von 15 auf 30 Minuten müsste man mit Kosten von ca. Fr. 14'000 bis Fr. 15'000 rechnen.

In Zürich wurde auf gewissen Plätzen das Gratisparkieren wieder angeschafft, da dort viel Vandalismus betrieben wurde (Leute, die sinnlos Zettel lösten und die Taxameter beschädigten). Die entsprechenden Reparaturen waren sehr teuer. Der Sprecher erachtet die heutige Lösung mit 15 Minuten für gut und möchte beliebt machen, diese beizubehalten.

Soweit ihm bekannt ist, bezahlt man auch beim Hofmattparking von der ersten Minute an. Auch dies muss man miteinbeziehen. Es ist fraglich, ob man bei einer Umstellung das gewünschte Ziel erreicht. Die Stadt Luzern kennt keine gratis Parkzeiten, Die Gemeinden Emmen und Littau haben solche, aber auch dort gibt es Orte, wo man von der ersten Minute an bezahlt.

Robert Thalmann verzichtet auf sein Wort.

Pia Zeder möchte die FDP-Fraktion nun beim Wort nehmen und die Staatsquote möglichst tief halten. Hier befindet man sich grundsätzlich im Bereich des Verkehrs, welcher viele Kosten verursacht (Strassenbau, finanziert durch Steuern). Die Parkplätze werden einzeln genutzt. Jeder kann selber entscheiden, ob er diese nutzt oder nicht. Deshalb sollte es auch eine Selbstverständlichkeit sein, dass diese verursachergerecht abgegolten werden und dies möglichst von Anfang an. Deshalb sind 15 Minuten gratis parkieren in Ordnung, mehr aber nicht.

Die Sprecherin hat selbst kein privates Fahrzeug und geht fast nur in Kriens oder im Obernau einkaufen – ohne ein Auto. Bei einem Grosseinkauf geht es sowieso länger als 15 oder 30 Minuten und dann bezahlt man ohnehin. Vielleicht sollte man einfach das Auto mehr zu Hause lassen und auf andere Verkehrsmittel umsteigen. Es ist ein schlechter Anreiz, den "Autoeinkaufstourismus" zu fördern.

Martin Heiz hat bereits im Jahr 1999 miterlebt, wie die SVP den gleichen Antrag (Erhöhung der Gratisparkzeit auf 30 Minuten) gestellt hat. Damals musste man sich den 15 Minuten fügen. Er persönlich findet 30 es richtig, wenn die Gratisparkzeit auf 30 Minuten verlängert wird. Vielleicht muss man im Gemeindehaus anstehen um seinen Pass abzuholen und bezahlt dann draussen auch noch oder wenn's ganz schlimm kommt, sogar eine Busse. Wenn man sieht, wo die Leute hinfahren um Fr. 1.-- beim Parkieren zu sparen, muss man eingestehen, dass die Gratisparkdauer wirklich relevant ist (vergl. Pilatusmarkt und gleichzeitiger Aufschwung des Schappe-Center).

Peter Mattmann findet es dies ein untaugliches Objekt, um den Verkehr einzudämmen. Egal ob 15 oder 30 Minuten, der Verkehr wird gleich viel bleiben. Aber für die Geschäfte wird es eine Rolle spielen. Er wird dem Antrag zustimmen. Ihn ärgert es, dass jemand, der viel Steuern in Kriens bezahlt auch noch für jeden Quadratmeter öffentlichen Grund "abgezockt" wird.

Rolf Bättig hält zu Pia Zeder fest, dass er der Ansicht war, mit dem Antrag auch einen Wunsch der SP/Grüne-Fraktion zu erfüllen, denn der sicherste Verkehr ist immer der ruhende Verkehr.

15 Minuten sind einfach zu schnell vorbei. Zudem findet das Einkaufsverhalten aus dem "Bauch heraus" statt. Der eine Franken, den man im Pilatusmarkt bezahlt, ist deshalb eine Steuerungsgrösse. Die Leute sagen sich dann, das sie für dieses Geld in den Länderpark fahren können.

Die vom Gemeindeammann vorgetragene Zahlen in Bezug auf die Umrüstung der Anlagen erachtet der Sprecher für zu hoch gegriffen. Er geht davon aus, dass auch die Parkuhren ordentlichen Revisionen unterzogen werden und die Umstellung dann erfolgen könnte.

Susanne Lanz hofft, das in Bezug auf das erwähnte Bauchgefühl die Mitglieder des Rates auch Bernadette Hauser zugehört haben. Sie bezweifelt, dass es mehr zählt, einen Franken beim Parkieren zu sparen, dafür aber viel mehr Benzin auszugeben und auf den persönlichen Kontakt in den Läden, z.B. Begrüssung mit Namen, verzichten zu müssen.

Viktor Bienz weist darauf hin, dass Kriens ein langgezogenes Tal ist. Je nach dem, wo man wohnt, wird das Auto nun einmal benötigt. Er möchte beliebt machen, dass eine Jeton-Lösung gefunden wird, bei welcher die Geschäfte ihren Kunden die Parkgebühren erlassen können.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Antrag auf eine gebührenfreie Parkzeit von 30 Minuten lautet.

Abstimmen (Antrag FDP-Fraktion)

Mit 15:10 Stimmen wird die bisherige Regelung (15 Minuten) beibehalten.

Der Vorsitzende hat bei der Behandlung den Bericht und Antrag übersprungen. Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Dem ist nicht der Fall und ein Rückkommen wird nicht verlangt. Der Vorsitzende verliest den **Beschlussestext**:

1. Das Reglement über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt die Genehmigung des Reglementes durch den Regierungsrat des Kantons Luzern zu veranlassen.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Abstimmung

Mit 18:4 Stimmen wird der Beschlussestext genehmigt.

Der Vorsitzende dankt Fritz Rast für die Begleitung dieses Geschäftes.

Schluss

Der Vorsitzende dankt Yvonne Rösli für die Dekoration. Im Weiteren bedankt er sich beim Gemeinderat für die Organisation des Jahresabschluss-Essens im Schloss Schauensee.

Die nächste Sitzung findet am 25. Januar 2007 statt. Das Ratsbüro hat noch nicht getagt, weshalb der Sitzungsbeginn noch nicht bekannt ist.

Verabschiedung

Der Vorsitzende kann den beiden austretenden Einwohnerratsmitgliedern noch ein kleines Geschenk machen – ihre Motion wurde nur mit 16:10 Stimmen abgelehnt (nicht mit 17:10). Er bittet beide nach vorne zu kommen.

Daniela Kiener hat in ihrem Rücktrittsschreiben festgestellt, dass dieser nach langem Nachdenken erfolgte. Sie ist seit dem 1. September 1999 im Rat als Mitglied der SP (Nachfolgerin von Trudi Dinkelmann). Daniela Kiener bewies Kommissionstreue, sie war seit 1991 bis heute Mitglied der Bürgerrechtskommission. Als erfahrenes Mitglied der BRK brachte sie wichtige Impulse bei der Erarbeitung der Einbürgerungsrichtlinien. Auch ist sie eine der wenigen Parlamentarierinnen, welche die Doppelbelastung Grossrat / Einwohnerrat auf sich nahmen. Sie gehört dem Grossrat seit 2002 an.

Auch der Rücktritt von Heinz Schwarz erfolgte nach reiflicher Überlegung. Er ist seit 1. Januar 2002 im Rat (Nachfolger von Patrick Graf). Auch Heinz Schwarz war Mitglied der Bürgerrechtskommission. Es gibt immer wieder Ratsmitglieder, die auch während kurzen Amtsdauer Akzente setzen im Rat. Heinz Schwarz wird durch seinen engagierten Einsatz für Kulturobjekte und die Zeugen der Industriegeschichte in Erinnerung bleiben.

Der Vorsitzende dankt den beiden austretenden Ratsmitgliedern für ihr Engagement und überreicht ihnen jeweils ein Geschenk (2 Flaschen Wein).

Daniela Kiener wünscht dem Parlament gegenseitigen Respekt und Toleranz, Verständnis für andere politische Inhalte, dass die Parlamentarier zuhören können (auch wenn es einmal länger dauert), einen guten Umgang unter einander, kein Rechts-Links-Geplänkel, ab und zu ein besseres Zeitmanagement (was heute sehr gut geklappt hat), einen ganz starken Einwohnerrat (hier kann man sicher noch zulegen) und eine Bezahlung, die dem Aufwand gerecht wird.

Vom Gemeinderat hört man oft die Aussage "Der Einwohnerrat sagt, wohin man will". Dies funktioniert aber noch zu wenig gut. Der Einwohnerrat muss sich stärker positionieren und besser einbringen. Der Gemeinderat sollte den Einwohnerrat als gleichwertigen Partner betrachten und jeweils rechtzeitig einbeziehen.

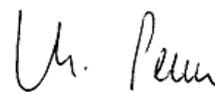
Heinz Schwarz bedankt sich für das Geschenk und für das Votum des Vorsitzenden. Als Randbemerkung möchte er anfügen, dass nun seine 500 Blatt Papier und auch die Tintenpatronen aufgebraucht sind. Im Einwohnerrat warten bestimmt schon wieder ein paar Leute "hungrig" auf Nachschub.

Der Vorsitzende wünscht beiden austretenden Ratsmitgliedern alles Gute in der Zukunft und natürlich etwas mehr gemeinsame Zeit. Er geht davon aus, dass das Datum des Rücktritts miteinander abgesprochen wurde.

Er wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend, eine fröhliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Die Sitzung schliesst um 18.15 Uhr.

Genehmigung durch das Büro des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



Matthias Senn

Die Stimmenzähler:



Bruno Bienz



Martin Heiz

Der Gemeindeschreiber:



Robert Lang

Die Protokollführerinnen:



Yvonne Rösli



Alexandra Renggli